



AKADEMIE-REPORT

AKADEMIE FÜR POLITISCHE BILDUNG TUTZING

60
JAHRE
1957 – 2017

Schwerpunktthema: Analyse der Bundestagswahl

Schwierige Farbenspiele

ab Seite 3

Vision Europa 2030

Trotz Erfolgsgeschichte sieht sich die europäische Idee zunehmend Skepsis und Gleichgültigkeit gegenüber. Prominenter Gastredner: EU-Kommissar Oettinger.
ab Seite 11

Hörbar glaubwürdig

Die zentrale Frage bei den Tutzinger Radiotagen: Wie können Relevanz und Glaubwürdigkeit des Radios im digitalen Zeitalter angesichts neuer Konkurrenten gesichert werden?
Seite 18

Denken am See

Wie sollen Aus- und Weiterbildung an die durch Digitalisierung veränderte Arbeitswelt angepasst werden? Reichen Reformen oder brauchen wir eine Bildungsrevolution?
Seite 23

Blick über den See

Inhalt

- BUNDESTAGSWAHL**
- 3** Tektonische Verschiebungen
- 4** Tops und Flops der Werbekampagnen
- 5** Künstliche „Horse-Race“-Dynamik gegen Langeweile
- 6** Verlierer unter sich
- 7** Vom Niedergang der Volksparteien
- 9** Politische Führung und die Mühen der Ebene
- EUROPA**
- 11** Identität – Krise – Zukunft
- 12** Europa vor dem Neuanfang?
- 14** Vision 2030 für Europa
- MEDIEN**
- 15** Rattenfänger und Seelenfischer im Netz
- 16** Spannende Einblicke in die Zukunft des Journalismus
- 18** 13. Tutzinger Radiotage: Hörbar glaubwürdig
- WIRTSCHAFT**
- 20** Zehn Jahre nach dem großen Crash
- BILDUNG**
- 23** Die Evolution des Bildungssystems
- KULTUR**
- 17** BavaraBica bei der Tutzinger Kulturnacht
- 24** Am Rand der Gesellschaft
- SOZIALPOLITIK**
- 25** Migration und Integration als Dauerbrenner der politischen Bildung
- ETHIK**
- 26** Der neue Tutzinger Diskurs im Doppelpack
- INTERNATIONALE POLITIK**
- 27** Vertrauensverlust in den transatlantischen Beziehungen
- POLITIKWISSENSCHAFT**
- 29** Zur Lage der Nation
- ZEITGESCHICHTE**
- 30** Mörderische Zusammenarbeit
- 32** 1917 – ein Epochenjahr der Weltgeschichte
- AKADEMIE INTERN**
- 14** Impressum
- 33** „Eingeschlagenen Kurs erfolgreich weiter verfolgen“
- 33** Starnberger Landkreislauf
- 33** Wechsel im Vorstand des Förderkreises
- 34** Neuerscheinungen
- 35** Medienspiegel
- 37** Termine
- 38** Personalverzeichnis
- 40** Namen – Nachrichten



Die Bundestagswahl war lehrreich: Es hat Konsequenzen, wenn eine Demokratie sich zur „Zweidritteldemokratie“ entwickelt und es den Volksparteien nicht mehr gelingt, die „einfachen Leute“ anzusprechen und vor allem mit ihnen zu sprechen. Dieser Teil der Wählerschaft ist davon überzeugt, dass „die da oben“ sich nicht für ihr Schicksal interessieren und Politik sich

auf ihr Leben nicht auswirkt – zumindest nicht positiv. Der Selbstausschluss dieses Drittels hätte uns vermutlich auch weiterhin nicht allzu sehr interessiert, wenn uns nicht die Bundestagswahl eine Lehre erteilt hätte: Ein Teil dieser Nichtwähler lässt sich durchaus mobilisieren.

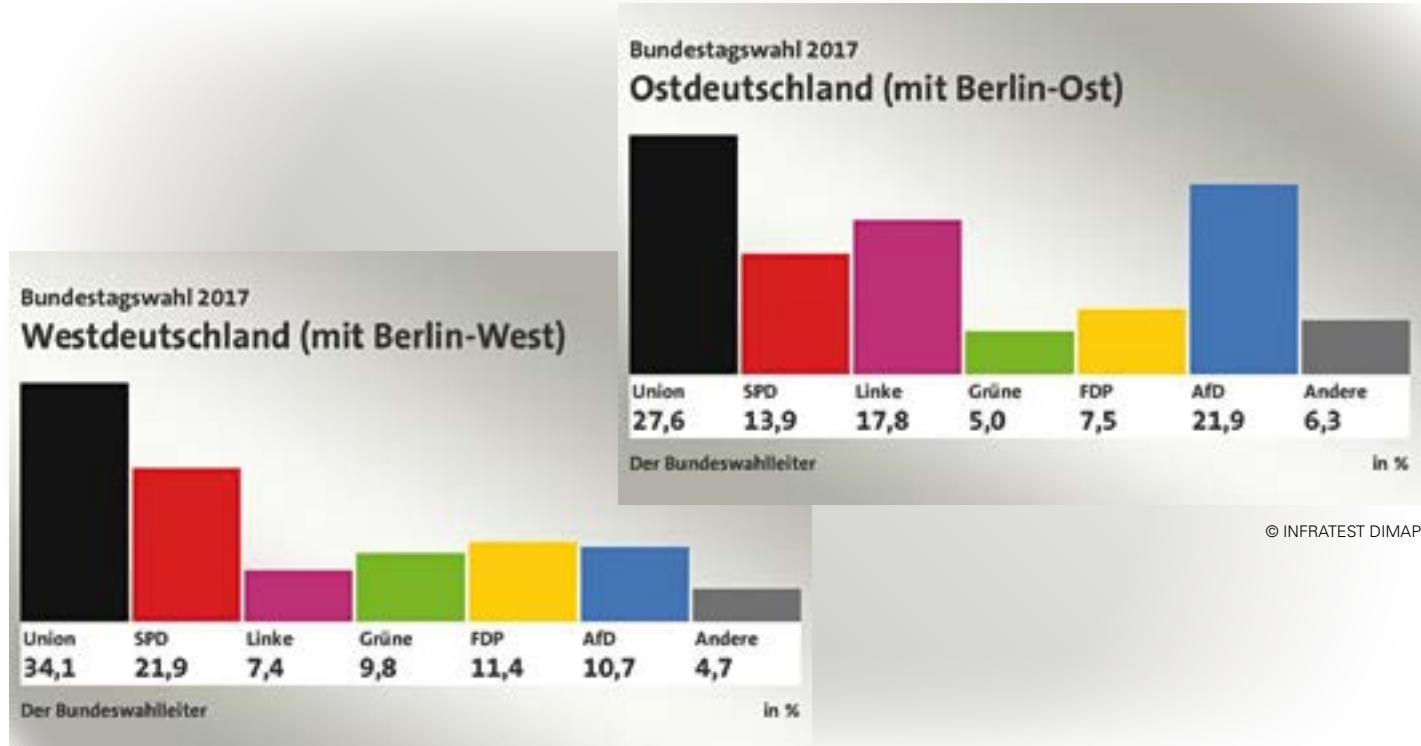
Und sie lassen sich ausgerechnet durch ein Thema mobilisieren, das den kosmopolitisch eingestellten Mitgliedern der Mittelschicht, und damit denjenigen, die von der Globalisierung profitieren, besonders ans Herz gewachsen ist – durch die Grenzfrage. Damit ist ausnahmsweise nicht die sogenannte Obergrenze gemeint, sondern ein Konflikt, der inzwischen viele Gesellschaften erfasst hat: Nämlich die Auseinandersetzung darüber, wie offen die Grenzen der Nationalstaaten für Güter, Kapital, Arbeitssuchende oder Flüchtlinge sein sollen und auf wie viele nationale Kompetenzen man im Gegenzug für ein friedliches Miteinander in Europa und der Welt zu verzichten bereit ist. Eine von vielen Herausforderungen, vor die dieser neue gesellschaftliche Konflikt nicht nur die Parteien stellt, besteht darin, dass solche Identitätsfragen sich nicht allein durch sozialpolitische Wohltaten abfedern lassen. Und auch noch so gut gemeinte Ausführungen über die Vorteile des europäischen Friedensprojektes werden bei denjenigen, die sich von den Parteien ökonomisch, diskursiv und kulturell im Stich gelassen fühlen, kaum ankommen.

Ob und wie es gelingt, diesen neuen Konflikt zu befrieden, wird nicht nur das bundesdeutsche Parteiensystem prägen. Sachliche Analysen und kontroverse Debatten werden wichtiger denn je.

Mit herzlichen Grüßen

Ihre

Prof. Dr. Ursula Münch
Direktorin der Akademie für Politische Bildung



Tektonische Verschiebungen

Das für viele Beobachter überraschende Ergebnis der Bundestagswahl vom 24. September und seine Analyse bestimmten die schon traditionelle Nachwahl-Tagung zusammen mit der Deutschen Vereinigung für Parlamentsfragen.

VON EINER AMBIVALENTEN GRUNDSTIMMUNG während des Wahlkampfes sprach Nico Siegel von infratest dimap. Obwohl eine Mehrheit der Bevölkerung die wirtschaftliche Lage positiv einschätzt und das Thema Arbeitslosigkeit an Bedeutung verliert, haben es die Bundesregierung und die Koalitionsparteien nicht geschafft, diese positive Stimmung in Stimmen für sich umzusetzen. Ebenfalls eine Mehrheit artikulierte gleichzeitig Angst, Sorgen und Unbehagen angesichts der Flüchtlingssituation: „Es gab eine Abkopplung zwischen den Eliten und dem Volk und einen Nährboden für Protest“,



Nico Siegel: „Der SPD fehlt es an Glaubwürdigkeit.“
© Meyer / Schröder (APB)

sagte der Meinungsforscher. Der SPD habe es angesichts ihrer vierjährigen Mitregierung an Glaubwürdigkeit gefehlt. Auch der offen zu Tage getretene Konflikt der Unionsparteien in der Zuwanderungspolitik habe zu Stimmenverlusten geführt.

Jamaika im Osten ohne Mehrheit

Bei gestiegener Wahlbeteiligung (von 71,5 auf 76,2 Prozent) verloren beide Volksparteien zusammen 13,8 Prozent und kamen damit gemeinsam auf den historischen Tiefstand von 53,4 Prozent. Ihr Absturz in Ost- und Westdeutschland läuft parallel. In Ostdeutschland hat die mögliche zukünftige Jamaika-Koalition nicht einmal eine Mehrheit. Siegel sieht im Niedergang der Volksparteien im europäischen Vergleich eine Normalität und warnte vor „Hyperdramatisierung“. Die Zukunft der Alternative für Deutschland (AfD) sei unsicher. Angesichts möglicher Spaltungstendenzen sieht der Berliner Wahlforscher die Gefahr einer „neuen Rechten“.

Keine Wechselstimmung

Thomas Petersen vom Institut für Demoskopie in Altenbach beobachtete seit Anfang 2016 eine „lauwarme Zuversicht“, die bis zum Wahltag konstant blieb. Immerhin 46 Prozent der Bevölkerung sahen hoffnungsvoll in die Zukunft und das Flüchtlingsthema habe zunehmend an Bedeutung verloren. Eine ausgeprägte Wechselstimmung konnte man aus den Altenbacher Daten nicht herauslesen. Die Deutschen wollten der Wahl 2017 nicht das Prädikat einer „Schick-



Thomas Petersen beobachtete eine „lauwarme Zuversicht.“

„Die Wohlfühlkampagne der Bundesregierung und der CDU hat nicht getragen. Damit traf man nicht die reale Gefühlslage der Bevölkerung“, sagte Helmut

salswahl“ umhängen. Und obwohl die Zustimmungswerte der Bundeskanzlerin seit Februar 2017 anstiegen und die Unzufriedenen im Lande weniger wurden, kam es zu den großen Verlusten der Unionsparteien – in Bayern für die CSU sogar minus 10,5 Prozent (von 49,3 auf 38,8 Prozent). Die Gründe für dieses über-

Jung vom Meinungsforschungsinstitut GMS. Und die SPD habe mit der sozialen Gerechtigkeit kein relevantes und interessantes, sondern ein RandgruppentHEMA getroffen. Die relativ große Gewissheit über den Wahlausgang („Merkel bleibt auf jeden Fall Kanzlerin“) habe bei vielen Wählern die Neigung zu Umentscheidungen erhöht. Auch die ungeklärte Führungsfrage in der Union bei der Flüchtlingsthematik habe viele ihrer Wähler zur AfD getrieben.

Michael Schröder

Die Zeit vergeht...



© STUTTMANN



Tops und Flops der Werbekampagnen

MATTHIAS STORATH hat mit seiner Berliner Werbeagentur HEIMAT die Werbung für den Bundestagswahlkampf der FDP konzipiert und ist dabei für politische Kommunikation („ein Schafottgeschäft“) ganz neue Wege gegangen. Sein Problem: Die Partei war die letzten vier Jahre nicht im Bundestag vertreten und hatte so keine bundesweite Aufmerksamkeit und Kommunikationsplattform. Seine Rezepte: „Die Kampagne wird radikal digital. Wir führen keinen Wahlkampf, sondern eine Marke. Und wir wollten Agilität statt ‚Jour fixe‘, die Todeszone der Kommunikation.“



Matthias Storath: „Politische Kommunikation ist ein Schafottgeschäft.“

Nach der Einsicht „ohne Plakate geht es nicht“ wurden vom Promi-Fotografen Olaf Heine 14 000 Fotos des Spitzenkandidaten Christian Lindner gemacht („durchaus nicht alle schmeichelhaft und hochglanzpoliert“). Daraus wurden sechs Plakate konzipiert mit politischen

Kurzbotschaften und zum Teil auch kleiner Schrift: „Die Leute mussten zum Lesen stehen bleiben und sie blieben auch stehen.“ So wurde denn auch Analoges für social media und online-Kanäle interessant gemacht. Die gesamte Kampagne war auf den Spitzenkandidaten abgestellt. Dafür eignete sich auch der Wahlkampf in Nordrhein-Westfalen als erfolgreicher Probelauf sehr gut. Am Ende stand der Wiedereinzug in den Bundestag mit 10,7 Prozent und 80 Abgeordneten.

Weniger erfolgreich verlief die CDU-Kampagne, die von der Hamburger Agentur Jung von Matt entworfen wurde. Christian Gast erläuterte, dass man auf die Verschmelzung von Land, Partei und Kanzlerin gesetzt hatte. Ohne inhaltlich auf politische Details und Themen einzugehen („ohne Tiefe und Kanten“), sollte das Konzept das Bauchgefühl der Menschen ansprechen: Uns geht es gut, bleiben wir dabei. Gast gab zu, dass man mit der Konzentration auf die letzten sechs Wochen vor der Wahl offensichtlich einen Fehlstart hingelegt hatte: „Wir waren zu sehr endspurfixiert.“ Insgesamt sei die Kampagne zu statisch gewesen. Die Idee „mobilisieren statt überzeugen“ sei nicht aufgegangen.

Michael Schröder

Künstliche „Horse-Race“-Dynamik gegen Langeweile

Medien- und Politikwissenschaftler untersuchen den Wahlkampf in den Medien – analog und digital.

UWE WAGSCHAL von der Universität Freiburg hat mit einem neuen Messinstrument, dem Debat-O-Meter, das sogenannte TV-Duell zwischen Angela Merkel und Martin Schulz Anfang September untersucht. Über eine App auf ihrem Smartphone haben 20 000 repräsentativ ausgewählte TV-Zuschauer in Echtzeit permanent die Debatte bewertet. Das Ergebnis: Merkel gewinnt über alle Gruppen hinweg, Schulz punktet besonders bei den Unentschlossenen. Während vorher die erwartete Siegerin Merkel hieß, gab es danach einen Gleichstand – Schulz holte deutlich auf.

Spannende Elemente

Thorsten Faas von der FU Berlin wandte sich gegen den Eindruck eines langweiligen Wahlkampfs. Er sieht vielmehr auch spannende Elemente in der zurückliegenden Kampagne: der sehr schnell verflogene „Schulz-Hype“; Direktmandate für kleine Parteien so viel wie nie zuvor; ein komplett „schwarzer“ Süden, dagegen überall deutlich weniger Wahlkreise für die SPD. Und die Spätentscheider werden mehr – ihr Anteil liegt mittlerweile bei 40 bis 45 Prozent.



Thorsten Faas: „Einseitige Themenfokussierung beim TV-Duell durch die Journalisten.“

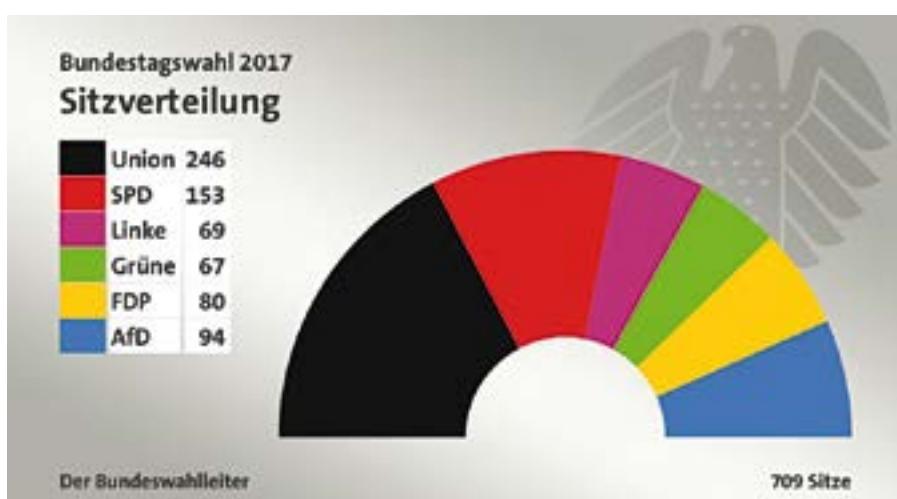
Als problematisch sieht der Berliner Politikwissenschaftler die einseitige Fokussierung beim „TV-Duell“ durch die Journalisten auf die Themen Flucht, Terror und innere Sicherheit: „Zwei Drittel der Sendezeit sind dafür verwendet worden.“ Das stünde in keinem Verhältnis zur realen Bedeutung. Er kritisierte auch das ständige Publizieren von immer neuen Umfragen, die doch nur Momentaufnahmen seien und für künstliche Dynamik sorgen. Diese „Pferderennen“-Mentalität mit Zahlen verdränge die relevanten Themen und Sachdebatten. Der Einfluss sozialer Netzwerke erziehe ferner dazu, „unpassende“ zur eigenen Überzeugung quer stehende Meinungen, auszublenden. So entstünden Filterblasen und Echokammern, die einen Diskurs verhindern.

Keine Fake News im Wahlkampf

Der Münsteraner Kommunikationsforscher Thorsten Quandt konnte entgegen ursprünglichen Befürchtungen keine ernsthaften Manipulationsversuche („Fake news“) durch social bots im Wahlkampf feststellen. Darunter seien keine journalistischen Fehlleistungen zu verstehen, wie sie immer wieder unter den schwerer werdenden Bedingungen des professionellen Journalismus vorkommen (Zeitdruck, Verdichtung, ökonomische Zwänge). Vielmehr seien damit gezielte Desinformationskampagnen im Sinn von Propaganda mit dem Ziel strategischer Beeinflussung gemeint. Ortsgruppen der Freien Wähler in Bayern hätten eine wenig professionelle Aktion gestartet und 45 Minuten vor dem TV-Duell seien von AfD-Bots massiv Tweets gepostet worden. Die Kampagnen seien schnell durchschaubar gewesen und ohne Wirkung verpufft. Quandt warnte aber: „Das Prinzip würde funktionieren. Und im ‘Darknet’ kann man einen 3-Tage-Angriff von Bots bereits für 580 € kaufen.“



Thorsten Quandt: „Keine ernsthaften Manipulationsversuche durch social bots im Wahlkampf.“
© Meyer / Schröder (APB)



© INFRATEST DIMAP

Michael Schröder

Verlierer unter sich Parteistrategen analysieren das Wahlergebnis

Die drei Volksparteien – wenn sie es denn überhaupt noch sind – CDU, CSU und SPD haben bei der Bundestagswahl zusammen insgesamt 13,8 Prozent der Stimmen verloren. Die Wahlkampfstrategen der drei Parteien waren sich bei der Ursachenforschung nicht einig.

JOACHIM KOSCHNICKE von der CDU betonte die große Bedeutung der für die Partei positiv aus gegangenen Landtagswahlen des Frühjahrs im Saarland, Schleswig-Holstein und Nordrhein-Westfalen: „Das war eine gute Startrampe.“ Er erkennt insgesamt wieder eine stärkere Politisierung der Bevölkerung, die positiv zu bewerten sei. Allerdings müsse man sich verstärkt um „Abtrünnige“ bemühen und ihnen gegenüber Empathie zeigen. Als Voraussetzung für neue Erfolge der CDU macht er die Geschlossenheit der Union aus: „Die Menschen sehnen sich nach Stabilität.“ Es gebe keinen Grund, der AfD hinterherzurennen. Jetzt gehe es um eine stabile neue Koalition.



Joachim Koschnicke von der CDU erkennt insgesamt wieder eine stärkere Politisierung der Bevölkerung.



Markus Blume (CSU): „Wir brauchen eine bürgerlich-konservative Neuorientierung.“
© Meyer / Schröder (APB)

Das dies mit der CSU nicht ganz einfach sein werde, machte ihrstellvertretender Generalsekretär Markus Blume deutlich: „Wir brauchen eine bürgerlich-konservative Neuorientierung und die Erneuerung der Union als strukturelle Mehrheitspartei rechts der Mitte“, sagte er. Das CDU-Thema Stabilität habe



BAYERISCHER SPAGAT

©TOMICEK

nicht getragen und am Ende war das Flüchtlings Thema entscheidender. Mit der Debatte um die Integration der Flüchtlinge habe sich eine „neue soziale Frage“ entwickelt: die nach der Versorgung der eigenen Bevölkerung (Miete, Pflege, Rente etc.) in der vermeintlichen Konkurrenz mit Migranten: „Die Zerrissenheit der Gesellschaft ist das Problem der Zukunft, das wir anpacken müssen. Wir werden die AfD knallhart bekämpfen und ihre Wähler zurückgewinnen“, sagte Blume.

Die SPD wiederum schöpft nach ihrem schlechtesten Ergebnis seit dem Krieg neue Hoffnung aus dem beschlossenen Gang in die Opposition. Meinungsforscher Thomas Petersen nannte dies „Flucht aus der Todeszone Merkel“. Die Partei an ihrem neuen Vorsitzenden Martin Schulz aufzurichten und zum Wahlsieg zu führen, sei fehlgeschlagen, sagte Markus Engels aus der Wahlkampfzentrale seiner Partei. Der Spitzenkandidat sei zu spät gekürt worden und mit dem zentralen Thema seines Wahlkampfes nicht durchgedrungen. „Das Land ist politisch sediert und entpolitisert worden.“ Er sprach von einer „Royalisierung deutscher Politik“: „Gegen Bilder einer Kanzlerin, die im Berliner Zoo Panda-Bären streichelt, haben wir mit einem Themenwahlkampf keine Chance.“

Michael Schröder



Markus Engels (SPD): „Royalisierung deutscher Politik“

Vom Niedergang der Volksparteien

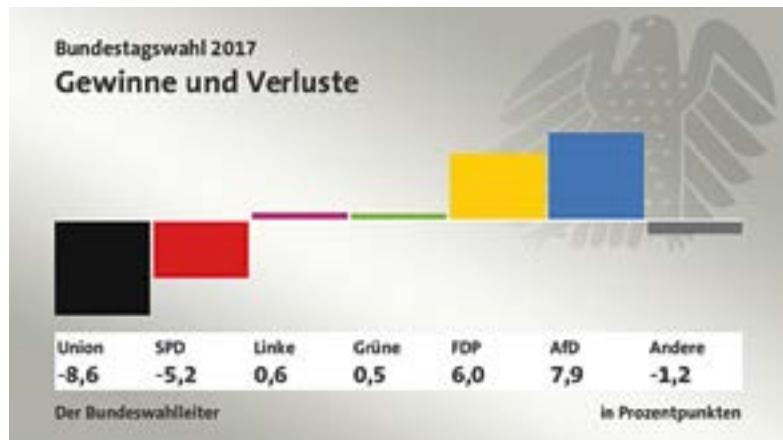
Angesichts des nunmehr auf sieben Parteien und sechs Fraktionen angewachsenen Parlaments fragte die letzte Sektion der Tagung nach Kontinuität und Wandel im deutschen Parteiensystem.

„IN DEN KNAPP 70 JAHREN der Bundesrepublik ist der FDP schon mehrfach und wiederholt das Totenglöckchen geläutet worden“, sagte der Dresdner Politikwissenschaftler Hans Vorländer. Aber: „Totgesagte leben bekanntlich länger.“ Seit dem Ausscheiden aus der Bundesregierung 1966 sei es immer wieder auf und ab mit der Partei gegangen. Und das Herausfliegen aus dem Parlament nach der schwarz-gelben Regierung 2013 sei eine „traumatische Nahtod-Erfahrung gewesen, die nachwirkt“.

Wie 2009 mit Guido Westerwelle als Vorsitzendem hatte man es auch 2017 mit einer Ein-Mann-Partei zu tun, deren Kampagne ganz allein auf Lindner zugeschnitten war. Das Dilemma dieses Wahlkampfs sei gewesen: Profil wahren und gleichzeitig den Willen zur Mitregierung artikulieren. Man habe offenkundig die Jamaika-Lösung nicht gewollt, füge sich jetzt wohl aber hinein. Die FDP war immer Mehrheitsbeschafferin und Korrektiv gleichzeitig – also Opposition in der Regierung. Das war im 2,5-Parteien-System bis zu den 1980er-Jahren noch einfach, jetzt werde es aber zunehmend kompliziert. Vorländer erkannte an, dass man der rechtspopulistischen Versuchung im Wahlkampf nicht erlegen sei. Einen Knackpunkt sieht er bei der zukünftigen Regierungsbeteiligung in der Europa-Politik.

Richtungsstreit in der Union

Der aktuelle Streit in der Union ist aus Sicht des Historikers keine Neuheit. Tim Geiger vom Institut für Zeitgeschichte zeigte, dass es das Spannungsverhältnis der „Schwesterparteien“ immer gegeben hat: „Es war stabiler als die Union selbst.“ Bereits Mitte der 1950er



Hans Vorländer: „Schleichende populistische Transformation der Politik“

Jahre nahm Kanzler Adenauer weit weniger Rücksicht auf die Befindlichkeiten der CSU als auf die der anderen Koalitionspartner von der FDP und Deutschen Partei. Einen Tiefpunkt erreichte das Verhältnis der beiden Unionsparteien unzweifelhaft 1976, als die CSU unter Franz Josef Strauß nach der knapp verlorenen Bundestagswahl mit dem Kreuther Trennungsbeschluss die Fraktionsgemeinschaft mit der CDU im Bundestag vorübergehend aufkündigte. Geiger verwies darüber hinaus auf die unbestreitbaren Erfolge der CDU, andere Gruppierungen im rechten politischen Spektrum zu marginalisieren – sei es durch eine Umarmungsstrategie wie im Falle der Deutschen Partei oder des Bundes der Heimatvertriebenen und Entrechten (BHE), sei es durch klare Ab- und Ausgrenzung wie im Falle der NPD.



Daniela Münkel: „Der Neuanfang der SPD ist beinahe schon Tradition geworden.“

Über die Entwicklung der SPD mit Bezug auf deren Modernitätsanspruch referierte die Historikerin Daniela Münkel. „Der Neuanfang der SPD ist beinahe schon Tradition geworden“, betonte die Mitarbeiterin beim Bundesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen. Früher war „Modernität“ auch Ausdruck für das Auftreten im Wahlkampf. Im Jahr 1969 fielen die Sozialdemokraten mit neuer Farbe, neuem Logo und modernen Wahlwerbespots („Wir schaffen das moderne Deutschland“) auf, die Show-Regisseur Michael Pfleghar gedreht hatte. Während aber Modernität früher ganz überwiegend positiv konnotiert war, ist der Begriff heute gerade aus Sicht vieler potentieller SPD-Wähler vor dem Hintergrund der Agenda 2010 oder der Begleiterscheinungen der Globalisierung negativ besetzt.

kampf. Im Jahr 1969 fielen die Sozialdemokraten mit neuer Farbe, neuem Logo und modernen Wahlwerbespots („Wir schaffen das moderne Deutschland“) auf, die Show-Regisseur Michael Pfleghar gedreht hatte. Während aber Modernität früher ganz überwiegend positiv konnotiert war, ist der Begriff heute gerade aus Sicht vieler potentieller SPD-Wähler vor dem Hintergrund der Agenda 2010 oder der Begleiterscheinungen der Globalisierung negativ besetzt.

Sebastian Bukow von der Heinrich-Böll-Stiftung sieht einen Grund für den Erfolg der Grünen (von 8,4 auf 8,9 Prozent) in einer zunehmenden Unzufriedenheit mit der Großen Koalition, aber auch in der Zufriedenheit der eigenen Wähler mit der Flüchtlingspolitik Angela Merkels. Die wollte man mit einer taktischen Wahlentscheidung offenbar stützen. Die Grünen hätten es innerhalb ihrer Klientel mit zwei differenten Milieus zu tun. Beide seien aber nötig für eine Präsenz im Bundestag. Und es werde sicher schwierig, dass sich beide Gruppen in einer möglichen Koalitionsvereinbarung wiederfinden. Prinzipiell wollen die Grünen ein Jamaika-Bündnis. Man dürfe aber nicht übersehen, dass die Grünen in Ostdeutschland unter fünf Prozent liegen und dass Jamaika in den nicht mehr ganz so neuen Bundesländern keine Mehrheit hat.

Linke eine „normale Partei“

Gero Neugebauer von der FU Berlin beschäftigte sich mit der Rolle der Linken: „Ihr Lieblingsfeind, die SPD als Regierungspartei, ist ihr ja nun abhandengekommen.“ Inzwischen habe man in mehreren Bundesländern Regierungserfahrung gesammelt und die frühere PDS sei eine „normale Partei“ geworden, die Einbu-

ßen an Glaubwürdigkeit wegen der Nichtumsetzung von Wahlprogrammen in Regierungsverantwortung hat hinnehmen müssen. Um im Bund erfolgreicher zu sein, müsse sie aus der Ecke der Anti-System-Partei heraus: „Sonst bleibt sie eine Partei der zweiten Liga auf Länderebene im Osten“, sagte der Parteien- und Extremismusforscher.

Drei-Flügel-AfD

Neugebauer analysierte ebenfalls den Erfolg der AfD: „Sie hat Versäumnisse der anderen Parteien aufgegriffen und thematisiert.“ Er sagte ihr eine längere Existenz voraus, wenn die offenkundigen Probleme nicht gelöst werden. Der Berliner Politikwissenschaftler beschrieb den Weg von der Anti-Euro-Partei eines Bernd Lucke hin zur „nationalistisch-rassistisch-völkischen Bewegung“ unter Gauland und Weidel, die mit Themen wie Asyl,



Gero Neugebauer: „Um im Bund erfolgreicher zu sein, muss die Linke aus der Ecke der Anti-System-Partei heraus.“

Sicherheit, Überfremdung, Islamisierung und nationaler Identität offenbar den Nerv einer schweigenden Minderheit getroffen hätten. Die Präsenz im Bundestag sichere der Partei Posten, Apparate, Finanzen, Zugang zu Institutionen und letztlich auch die Gründung einer politischen Stiftung.

Entscheidend für das Überleben sei die Integration der drei von Neugebauer identifizierten Parteiflügel (bürgerlich-konservativ-national, rechtsextrem und wirtschafts-neoliberal). Die anderen Parteien müssten sich dringend um die Anliegen der AfD-Wähler kümmern, die die Partei nicht aus ideologischer Überzeugung, sondern aus Protest gewählt hätten. Dann könnte die AfD eine Episode bleiben.



Der frühere Akademiedirektor Heinrich Oberreuter erinnerte daran, dass die Volksparteien bis zu Beginn der 1980er-Jahre noch rund 90 Prozent der Wähler für sich gewinnen konnten. 2017 sei man auf dem bisherigen Tiefstand von 53 Prozent angekommen: „Zwischen den großen und den kleinen Parteien herrscht nahezu Gleichstand.“

Tiefstand der Volksparteien

Die Ursachen sieht der Passauer Parteienforscher in der Ökologie- und Friedensbewegung, die die Grünen hervorbrachte, in einer postmaterialistischen und individualistischen Orientierung einer größer werdenden Gruppe der Bevölkerung und in einer wieder aufkeimenden nationalistischen Anti-Europa-Stimmung.

Man habe es mit dynamischen Wertewandelprozessen zu tun, die Deutschland nach wie vor in Ost und West spalten.

Hans Vorländer wies darauf hin, dass Politik immer komplizierter werde – ganz im Gegensatz zu dem, was die Mehrheit der Bürger offenkundig will: nämlich Einheit, einfache Lösungen und eine klare Orientierung. Er erkennt eine „Hyperpersonalisierung der Politik“. Beispiele: Trump in den USA, Macron in Frankreich, Kurz in Österreich. Das sei eine Anti-System-Politik, vorbei an den Institutionen und gegen sie gerichtet – am Ende eine schleichende populistische Transformation der Politik.

Michael Schröder

Politische Führung und die Mühen der Ebene

Im Rahmen der Tagung zur Analyse der Bundestagswahl würdigte die Akademie ihren früheren Direktor Heinrich Oberreuter anlässlich seines 75. Geburtstags mit einem Festvortrag von Bernhard Vogel.

„DAS WIRD KEINE LAUDATIO“, betonte der frühere Ministerpräsident von Rheinland-Pfalz (1976 bis 1988) und Thüringen (1992 bis 2003). Er wolle sich mit seiner Festrede zu Ehren Oberreuters vielmehr am Thema der Wahltagung orientieren: politische Führung und Verantwortung und die Mühen der Ebene. Vogel schöpft aus einem Erfahrungsschatz von fast 40 Jahren in der Politik, davon 23 Jahre als Ministerpräsident in zwei Bundesländern.

Wahlerfolge seien die Mutter der Autorität, aber es gelte auch der Satz: „Absolute Mehrheiten sind nie schöner als am Wahlabend. Danach beginnen die Mühen der Ebene“, sagte Vogel. Regieren mit einer Fraktion sei voller Tücken. Selbstgefälligkeit drohe und für Journalisten sei nichts kritikwürdiger als eine Ein-Parteien-Regierung: „Es graut einem vor der nächsten Wahl, denn die kann man eigentlich nur verlieren.“



©TOMASCHOFF / TOONPOOL.COM

Koalitionsregierungen sind mittlerweile in den Ländern zur Regel geworden – im Bund ohnehin seit 1957, als die CDU zuletzt die absolute Mehrheit erreichte. Koalitionen, also „das Kunststück, den rechten Schuh auf dem linken Fuß zu tragen, ohne Hühneraugen zu bekommen“ (Guy Mollet), müssten vom Erfolgswillen der Partner getragen sein. Es brauche Respekt unter und voreinander. Es dürfe keinen offenen Streit und Beschimpfungen in der Öffentlichkeit geben.

Probleme müssten benannt werden, um danach gemeinsame Lösungen anzustreben. Bei Niederlagen werde immer die ganze Regierung abgestraft, nicht einzelne Partner. Bei aller Zusammenarbeit sei

die Profilierung der Partnerfraktionen wichtig und nötig. Dabei dürfe nie vergessen werden, dass ihre Aufgabe in erster Linie die Stützung der Regierung sei. Deshalb hätten auch die Vorsitzenden der Koalitionsfraktionen eine besonders wichtige Rolle: „Sie haben den Schlüssel für den Erfolg in der Hand.“ Als prägnantes Beispiel aus der Geschichte der Bundesrepublik nannte Vogel Helmut Schmidt und Rainer Barzel während der ersten Großen Koalition (1966 bis 1969).

Eingeschränkte Richtlinienkompetenz

Kritisch ging er mit dem Koalitionsvertrag der CDU/CSU/FDP-Regierung von 2009 ins Gericht: Ihm habe es an Substanz und Tragweite gemangelt. Während einer Koalition dürfe nie ein Partner sein Selbstwertgefühl verlieren oder über den Tisch gezogen werden. Die Richtlinienkompetenz des Regierungschefs sei erheblich eingeschränkt. Er sei weniger Chef als vielmehr Schlichter und Vermittler.

Zum berühmt-berüchtigten „Fraktionszwang“ sagte der CDU-Politiker: „Im Alltag ist die Fraktion eine arbeitsteilig spezialisierte Arbeitsgemeinschaft. Man verlässt sich auf die Experten der Fraktion und vertraut ihnen als Grundlage der eigenen Entscheidung. Bei ethisch bedeutsamen Fragen wird der Fraktionszwang nicht aufgehoben, sondern nicht angewendet.“

Föderalismus schützt vor Machtmissbrauch

Den Föderalismus der Bundesrepublik verteidigte Vogel gegen dessen Kritiker. Föderalismus sei zwar mühsam, koste Geld und Zeit; doch er teile die Macht und schütze dadurch vor deren Missbrauch. Ebenso seien Plebiszite ein Irrweg als Antwort auf die Krise der repräsentativen Demokratie. Die meisten Sachverhalte seien für Volksabstimmungen zu kompliziert und außerdem sei am Ende niemand verantwortlich für die Entscheidung und müsse Rechenschaft ablegen.

Populistische Tendenzen und ihre anti-institutionelle Stoßrichtung waren zentrale Punkte der Antwort Heinrich Oberreuters auf die Rede seines Freun-

des Bernhard Vogel. Oberreuter zitierte Franz-Josef Strauß („Dem Volk aufs Maul schauen, ihm aber nicht nach dem Mund reden“) und kritisierte so Seehofers „Koalition mit dem Volk“. Gleichzeitig lobte er den früheren SPD-Kanzler Gerhard Schröder, der seine Agenda 2010 gegen die Mehrheitsmeinung durchgesetzt, seine Kanzlerschaft damit aufs Spiel gesetzt und die SPD an den Rand des Abgrunds getrieben hatte.

Angriff auf die offene Gesellschaft

Der neuerdings von der Pegida-Bewegung wieder aufgenommene Ruf der DDR-Bürgerrechtler „Wir sind das Volk!“ sei aktuell völlig unangebracht. Er sei nur in autoritären Staaten gerechtfertigt, wenn die Basis der Legitimation fehle. In Staaten mit verankerten Freiheits- und Grundrechten könne es kein einheitli-



Akademiedirektorin Ursula Münch würdigte ihren Vorgänger Heinrich Oberreuter (2. v. l.) zu seinem 75. Geburtstag. Bernhard Vogel (rechts) hielt die Festrede, in der Mitte sein Bruder Hans-Jochen.

© Haas (APB)

ches Volk geben. „Das Volk ist plural!“, unterstrich der Jubilar. Diejenigen, die für sich die exklusive Wahrheit in Anspruch nehmen und einen homogenen Volkskörper propagieren, starten in Wahrheit einen Angriff auf die offene Gesellschaft.

Bereits zu Beginn der Wahl-Tagung hatte der frühere Akademiedirektor deutlich gemacht, dass er weiter ein unbequemer und kritischer Geist bleiben werde – ganz egal, wie groß die Kritik vonseiten der aktiven Politik daran sein werde. „Solange man sich wissenschaftlich äußert, äußert man sich analytisch, und wer das nicht tut, verrät seinen Beruf als Wissenschaftler“, erklärte Oberreuter.

Michael Schröder

Identität – Krise – Zukunft

Rolle und Zukunft der Europäischen Union waren Thema beim 20. Passauer Tetralog.

WAS LÄUFT GUT in der Europäischen Union, was bedeutet sie den Bürgern und was muss verbessert werden? In Zusammenarbeit mit den Festspielen Europäische Wochen Passau und der Universität Passau lud die Akademie mit dem früheren Direktor Heinrich Oberreuter zum 20. Passauer Tetralog ein, um über Identität, Krise und Zukunft der EU zu sprechen. Auf dem Podium diskutierten Zdzisław Krasnodebski, Henri Ménudier und Martin Selmayr, Martin Weber.

Nährboden für Populismus

Martin Selmayr, Kabinettschef des EU-Kommissionspräsidenten Jean-Claude Juncker, sieht in der EU gleich fünf aktuell bestehende Krisen, die den Eindruck erwecken, dass das Versprechen nach Frieden, Freiheit und Wohlstand nicht mehr gehalten werden könnte. Neben der Finanz- und Wirtschaftskrise, der Flüchtlingskrise, dem anwachsenden Terrorismus und dem belasteten Verhältnis zu Russland biete vor allem die sich andeutende Rechtsstaats- und Wertekrise populistischen Tendenzen einen Nährboden. Es sei daher enorm wichtig, sich vor Augen zu halten, dass „die EU ein Zusammenschluss freier, souveräner Staaten ist. Sie ist kein Gefängnis und kein Imperium“, betonte Selmayr.

Polnische Skepsis

Zdzisław Krasnodebski ist Professor für Soziologie an der Universität Bremen, Vertrauter von Jarosław Kaczyński und seit 2014 EU-Parlamentarier der polnischen Regierungspartei Recht und Gerechtigkeit (PiS). Er bewertete die aktuellen Proteste anlässlich des G20-Gipfels in Hamburg als Ausdruck der europäischen Krise. Das größte Problem liege in der Identifizierung, die aus polnischer Sicht zwar mit dem Kontinent Europa vorhanden sei, nicht jedoch mit dem politischen Gebilde Europäische Union. Zwar



Optimistische Blicke auf Europa trotz der Krisen: Zdzisław Krasnodebski, Heinrich Oberreuter, Henri Ménudier und Martin Selmayr (von links nach rechts)

© Kunert

sehe laut Umfragen der Großteil der polnischen Bevölkerung die EU positiv, doch wünschte sie sich auch eine Rückführung von Kompetenzen auf die nationale Ebene.

Vermittlungsschwäche

Manfred Weber, Fraktionsvorsitzender der Europäischen Volkspartei im EU-Parlament, hält nicht die Rückführung von Kompetenzen, sondern den Ausgleich zwischen regionaler, nationaler und europäischer Identität für unerlässlich: „Ich bin ein bayerischer Europäer“, bekannte der CSU-Politiker. Kompromiss und Konsens seien wichtig, doch sei es vor allem Aufgabe der EU, die nationalen Egoismen zu zügeln. Es gebe zu viele Aufgaben, die nicht mehr allein auf nationalstaatlicher Ebene gelöst werden könnten. Das größte Problem sieht Weber in der Vermittlungsschwäche der EU. Dennoch betonte er: „Die heutige EU ist die beste Konstruktion, die dieser Kontinent je hatte.“

Neuer deutsch-französischer Motor

Es sei ein großer Gewinn, dass Staaten ihre eigene Souveränität zugunsten von Supranationalität einschränken, meinte hingegen Henri Ménudier, Professor an der Universität Paris III Sorbonne Nouvelle. Die Geschichte der europäischen Integration sei eine Erfolgsgeschichte. „Nach drei Kriegen in 75 Jahren herrscht nun seit über 70 Jahren Frieden in Europa“, sagte Ménudier. Er lobte die Stabilität der deutschen Demokratie, die vor allem auf die großartige politische Bildungsarbeit zurückzuführen sei. Gelöst werden könnte die Krise der EU durch das erneute Anspringen des deutsch-französischen Motors. Es müsse ein neues Klima des Vertrauens geschaffen werden. Doch trotz aller Krisen blickt Ménudier positiv in die Zukunft der Europäischen Union: „Ich bin optimistisch. Denn schlussendlich ist die EU eine sehr solide Institution.“

Beryll Kunert



Europa vor dem Neuanfang?

Trotz Erfolgsgeschichte sieht sich die europäische Idee zunehmend Skepsis und Gleichgültigkeit gegenüber. Das Forum Verfassungspolitik analysierte die vielschichtigen Herausforderungen.

„ES IST LETZTLICH DAS MISSVERHÄLTNIS zwischen Nationalstaatlichkeit und europäischer Einheit, was viele europäische Bürger enttäuscht“, konstatierte der ehemalige Präsident des Europäischen Gerichtshofs Vassilios Skouris. Er widmete sich in seinen Ausführungen dem Begriff der „nationalen Identität“, der seit dem Maastrichter Vertrag von 1993 einen festen Bestandteil der europäischen Verträge bildet.

Skouris erläuterte, dass die nationale Identität durch die Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs (EuGH) eine übergreifende Bedeutung erhalten und praktische Auswirkungen entfaltet habe. Nicht nur grundlegende verfassungsrechtliche Entscheidungen der Mitgliedstaaten seien Bestandteil der nationalen Identität, sondern auch weniger dramatische Optionen. Dazu gehörten, wie Skouris anhand von Beispielen der Rechtsprechung des EuGH zeigte, etwa die Regelung von Glückspiel in Deutschland, die Altersversorgung von teilzeitbeschäftigen Richtern im Vereinigten Königreich, Aspekte des Vergabewesens in Griechenland und die Schreibweisen von Namen in Litauen. Die Vermutung, der EuGH würde stets das Unionsinteresse in den Vordergrund stellen, ließe sich nicht aufrechterhalten, sagte Skouris.



Vassilios Skouris: „Das Missverhältnis zwischen Nationalstaatlichkeit und europäischer Einheit enttäuscht viele Bürger.“

Ziele der Integration

Die europäische Integration werde seit längerem von drei Zielsetzungen geprägt, sagte der ehemalige Präsident des Bundesverfassungsgericht Hans-Jürgen Papier: Die erste und sicher wichtigste war und ist die stetige Vertiefung der Europäischen Union, das zweite Ziel die ständige geographische Erweiterung der EU und das dritte Integrationsziel sei der Ausbau und die Festigung von Demokratie und Parlamentarismus

in der EU. Offenbar habe die Politik nicht gesehen oder nicht sehen wollen, dass diese drei Ziele nicht gleichzeitig, nicht gleichmäßig und nicht gleichrangig verwirklicht werden können. Vielmehr bestünde ein offenkundiges Spannungsverhältnis, so Papier. Derjenige, der eine vertiefte Integration anstrebt, müsse letztendlich Abstriche bei Demokratie und Parlamentarismus innerhalb der Europäischen Union machen. Das gelte auch und erst recht mit Blick auf die geographischen Erweiterungen.



Hans-Jürgen Papier sieht die Integrationsziele der EU in einem Spannungsverhältnis.

Lehren aus dem Brexit

Immer wieder hört man, dass die EU gestärkt aus Krisen hervorgehe. Eugénia da Conceição-Heldt, Reformrektorin an der Hochschule für Politik München, stellt dieses Mantra in Frage: „Sehr lange haben wir geglaubt, dass die europäische Integration nur eine Richtung kennt, nämlich mehr Integration“, sagte sie.



Eugénia da Conceição-Heldt: „Bei Brexit-Verhandlungen mit einer Stimme sprechen.“

© Haas (APB)

Das Brexit-Votum hätte aber gezeigt, dass der europäische Integrationsprozess ziemlich schnell rückgängig gemacht werden könne. Wir hätten es hier mit grundsätzlichen Problemen zu tun, sagte sie auch mit Blick auf die Flüchtlingskrise. Wie könne nun die EU die Brexit-Verhandlungen erfolgreich abschließen und gestärkt daraus hervorgehen? Sie sieht es als erforderlich an,

dass die EU imstande ist, intern eine Position zu formulieren, um diese dann extern mit einer Stimme zu vertreten – auch wenn dies nicht die bevorzugte Position aller Mitgliedstaaten ist.

Zukunft der Währungsunion

Franz Josef Benedikt, Präsident der Hauptverwaltung der Deutschen Bundesbank in Bayern, widmete sich der Stabilität und Zukunft der Währungsunion.

Um das Investitionsklima im Euroraum nachhaltig zu verbessern, plädierte er für durchgreifende Reformen. Die Haushalte in den Problemstaaten der Währungsunion müssten konsolidiert und die Bindungskraft der Fiskalregeln erhöht werden. Strukturreformen seien notwendig, um Wettbewerbsfähigkeit zurückzugewinnen und Wachstum zu fördern, sagte Benedikt. Auch wies er auf Mängel im Ordnungsrahmen der Währungsunion hin: Dem Haftungsprinzip und den disziplinierenden Kräften der Finanzmärkte müsse wieder Geltung verschafft werden.



Franz Josef Benedikt plädierte für durchgreifende Reformen im Euroraum.

„Die Europäische Union ist auch für die Wirtschaft ein großes Friedensprojekt, aber auch mit Blick auf das Business alternativlos“, sagte Klaus Josef Lutz, der Vorstandsvorsitzende der BayWa AG. Dreh- und Angelpunkt für die weitere Entwicklung sei der Erfolg von Macron. „Wenn er die angekündigten Reformen nicht hinbekommt, dann wird



Klaus Josef Lutz: „Dreh- und Angelpunkt für die weitere Entwicklung der EU ist der Erfolg des französischen Präsidenten Macron.“

es dünn“, so Lutz. Sollte es nicht gelingen, die wirtschaftlichen Probleme in Frankreich in den Griff zu kriegen, drohten wieder Emergency-Aktivitäten.

Akzeptanzkrise

Europa leidet in erster Linie an einer Akzeptanzkrise, analysiert der Staats- und Europarechtler Matthias Rossi von der Universität Augsburg. Wir würden nicht umhinkommen, an der europäischen Notwendigkeit festzuhalten. Im globalisierten Wettbewerb habe ein einziger Mitgliedstaat keine Chance, sich durchzusetzen. Es bleibe natürlich die Frage eines demokratischen Defizits. Das Europäische Parlament habe nicht das Versprechen einhalten können, die europäischen Völker mitzunehmen. Rossi prognostizierte ein Modell, bei dem Legitimation doch wieder stärker auch über die nationalen Parlamente erfolgt. „Da wird man wohl umdenken müssen“, sagte Rossi.



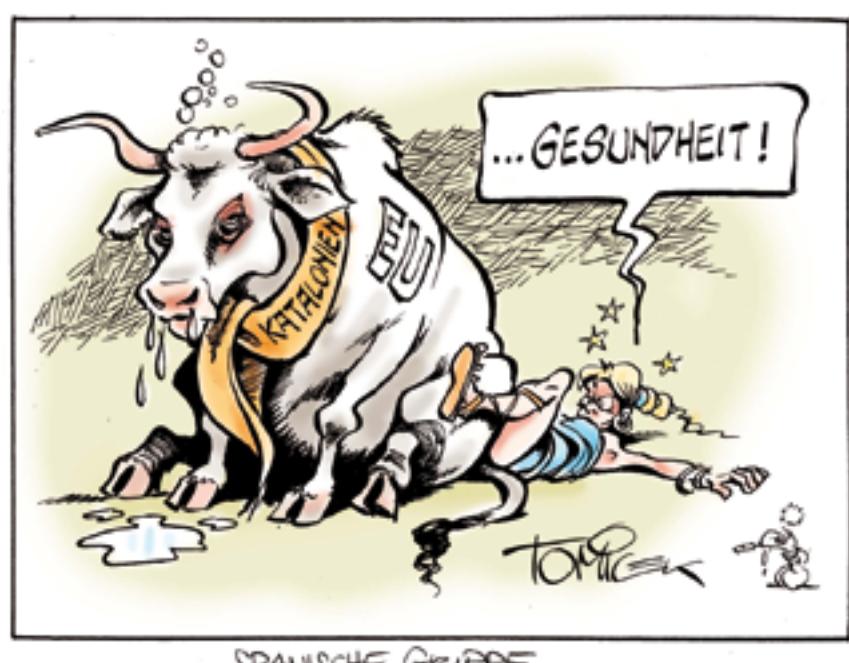
Matthias Rossi: „Problem des demokratischen Defizits in Europa bleibt.“

Ehrlichkeit nötig

Martin Winter, der frühere Leiter des SZ-Büros in Brüssel, sprach sich dafür aus, von allen Ideen einer europäischen Finalität Abschied zu nehmen. Eine solche Finalität, wie etwa eine europäische Föderation, würde in diesem Europa nicht funktionieren, wie der Blick auf die verschiedenen historischen und kulturellen Hintergründe und Erfahrungen zeigte. „Alles das kriegen wir in einem staatsähnlichen Gebilde nicht zusammen“, so Winter.

Er appellierte an die Kreativität der Mitgliedsländer außerhalb des Rahmens der Europäischen Union. So regte er zum Beispiel eine deutsch-französische oder eine niederländisch-luxemburgische Kreativität an, die sage: „Wir machen jetzt einmal was.“ Dazu dürfe man nicht die Augen vor den Problemen verschließen, sondern müsse mit einer Grundehrlichkeit die Probleme analysieren.

Gero Kellermann



Vision 2030 für Europa

EU-Kommissar Günther Oettinger beim Forum Verfassungspolitik über die Zukunft der Europäischen Union

„WAS IST DIE LAGE der Europäischen Union im Jahr 2017 und wie könnte eine Vision 2030 aussehen?“, fragte Günther Oettinger, EU-Kommissar für Haushalt und Personal. Als die fünf Säulen der Union identifizierte er die Friedensunion, die Wertegemeinschaft, den Binnenmarkt, die Währungsunion sowie die Freizügigkeit. Die Friedensunion gründe sich nicht nur auf die beiden Weltkriege, sondern sei nach wie vor von aktueller Bedeutung. Dies zeige etwa die Stabilisierung der Situation nach dem Jugoslawienkrieg. Außerdem sei die EU ein Exporteur von Frieden und Werten.

Rückgrat durch Einbettung

Dies erkenne man zum Beispiel in Rumänien, wo heutzutage friedlich gegen einen Gesetzentwurf demonstriert werden kann, der rückwirkend Strafbefreiung von korrupten Amtsträgern ermöglichen sollte. Dies käme nur durch das Rückgrat der Einbettung in die Europäische Union zu stande, sagte Oettinger. Die dritte Säule der EU, der europäische Binnenmarkt, sei immer noch der größte gemeinsame Markt der Welt – und damit der Ast, auf dem der Arbeitsmarkt und der soziale Wohlstand in Deutschland aufgebaut sind. Der Binnenmarkt verschaffe der EU weltweit wirtschaftliche Autorität. Auch die Währungsunion mache die Stärke der EU aus, auch wenn dort zurzeit nicht alles stabil sei. Der Euro sei die zweite Leitwährung in der Welt. „Glauben wir wirklich, dass die D-Mark heute eine weltweit



EU-Kommissar Günther Oettinger plädierte für den Aufbau einer wirksamen europäischen Grenzschutzpolizei.

© Haas (APB)



Die europäische Grenzschutztruppe Frontex patrouilliert vor Malta.
© Dragan Tatic / flickr.com / CC BY 2.0

relevante Leitwährung sein kann?“, fragte er. Die fünfte Säule, die Freizügigkeit, erläuterte Oettinger am Aufblühen der Städte Straßburg und Görlitz nach den Kriegen bzw. der deutschen Teilung.

Frontex ausbauen

Hinsichtlich einer „Vision 2030“ plädierte Oettinger für mehr Europa durch eine wirksame europäische Grenzschutzpolizei, die die Außengrenzen kontrolliert. Frontex sei vor drei Jahren noch eine rein beratende Behörde ohne Vollzugskompetenz mit nur 650 Beamten gewesen. Heute seien es zwar 2000 Beamte, man könne aber mit besten Gründen 10.000 verantworten und einen europäischen Grenzschutz mit Vollfunktion aufbauen, so Oettinger. Dafür solle es dann im Innern keine Grenzkontrollen mehr geben, sondern nur noch anlassbezogene Kontrollen.

Ein zweites Beispiel, bei dem laut Oettinger mehr Europa angebracht ist, sei die Verteidigung. Die Bundeswehr gerate an die Grenzen ihrer Leistungsfähigkeit. Wenn man den Weg des NATO-Beschlusses ginge und die Verteidigungsausgaben von 1,2 Prozent auf 2 Prozent des Bruttoinlandsprodukts steigere, könne man durch eine europäische Lösung 10 Milliarden Euro einsparen. Es sei im Interesse der Steuerzahler, die vielen unterschiedlichen Waffengattungen europäisch zu standardisieren und gemeinsam auszuschreiben. „Ich hoffe, noch eine europäische Armee zu erleben“, sagte der EU-Kommissar.

Gero Kellermann

Akademie-Report

Herausgeber: Akademie für Politische Bildung Buchensee 1 82327 Tutzing

Tel. 08158 / 256-0 Fax 08158 / 256-14 Internet: <https://www.apb-tutzing.de> E-Mail: A.Kreitner@apb-tutzing.de

Redaktion: Prof. Dr. Ursula Münch (verantw.), Dr. Michael Schröder (Redaktion und Gestaltung), Antonia Kreitner (Redaktionsassistenz)

Layout-Konzept: Michael Bervanger Agentur Tausendblauwerk www.tausendblauwerk.de

Druck: Peter Molnar Blumenstr. 26 82407 Wielenbach

Der Akademie-Report wird kostenlos abgegeben.

Rattenfänger und Seelenfischer im Netz

Extremisten und Fundamentalisten aller Art nutzen die Freiheit des Internets immer professioneller für die Verbreitung ihrer kruden Ansichten.

EGAL OB „ISLAMISCHER STAAT“ oder Neonazis: Extremistische und terroristische Organisationen rekrutieren ihre Gefolgsleute auch über professionell gemachte Internetseiten und Apps. Was fasziniert Jugendliche und junge Erwachsene daran? Welche Möglichkeiten präventiver Medienarbeit und politischer Bildung haben die Schulen?

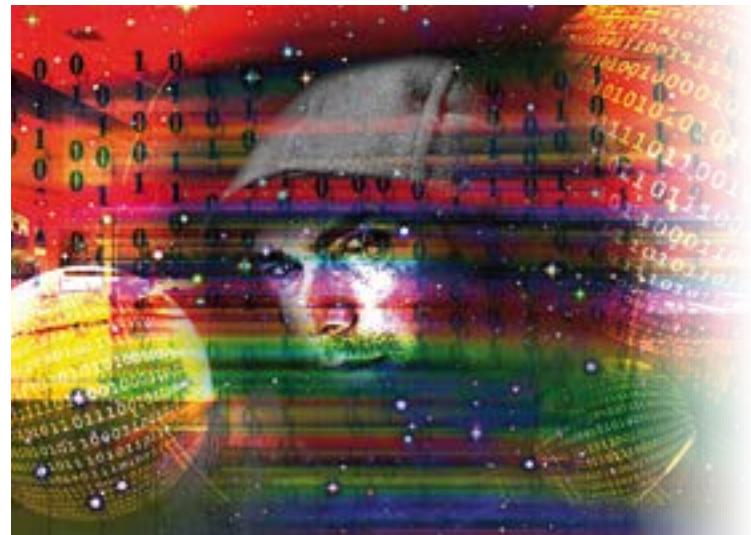
Jugendliche sind heute fast rund um die Uhr online, meist über ihr Smartphone. Susanne Eggert, Medienforscherin am JFF – Institut für Medienpädagogik in Forschung und Praxis in München, bezeichnete das Internet als unabdinglich, um zu kommunizieren, sich zu informieren und zu unterhalten. Doch ein souveräner Umgang mit den Angeboten der Online-Welt sei für Kinder und Jugendliche schwierig – so bei rechtlichen Fragen oder Schutz vor Mobbing oder Datenmissbrauch.

Filterblasen und Echokammern

Medienprofessor Wolfgang Schweiger (Universität Hohenheim) sieht die Rolle des World Wide Web in drei wesentlichen Schritten beim demokratischen Prozess: Information, Diskussion und Meinungsbildung. Im online-Zeitalter habe der Bürger nicht nur Zugriff auf traditionelle journalistische Medien, sondern auch auf alternative Medien, die sich oft nur schwer unterscheiden ließen. Die personalisierte Suche über Algorithmen, die hinter Suchmaschinen stehen, führt zu Filterblasen und Echokammern. Man glaubt, die eigene Meinung sei die der Mehrheit. Das wiederum führe zu erhöhter Kommunikationsbereitschaft im eigenen Zirkel und so zur Verstärkung der eigenen Meinung. Dabei gehe ein ausgewogener und umfassender Nachrichtenüberblick verloren. Es entstehe eine höhere Anfälligkeit für Desinformation und Pseudo-Informiertheit.

Medienbildung und Medienkompetenz

Bei Diskussionen habe das Internet eine enthemmende Wirkung, die Online-Kommunikation sei oft destruktiv, wenn es überhaupt zu einer kommt. Dagegen helfe nur eine frühzeitige Medienbildung und Medienkompetenz. Schweiger sagt: „Wir brauchen unabhängigen Journalismus, der weiterhin einen guten Job macht.“



© GERALT / PIXABAY CCO

Das ist die Aufgabe von Gudrun Riedl, der stellvertretenden Leiterin von BR24, dem aktuellen Online-Angebot des Bayerischen Rundfunks. „Wir sind keine Sendeanstalten mehr, wir sind Kommunikationsunternehmen“, sagt Riedl. Es gebe dank der Online-Präsenz ein zunehmendes Bedürfnis nach eigener Recherche, was sehr positiv sei. Durch die Vielfalt im Netz kämen die Interessen und Bedürfnisse des Publikums mehr zur Geltung. User seien häufig auch die Quelle von Geschichten. Aber es sei oft nicht einfach, unter Zeitdruck wahre Nachrichten von bewusst gesteuerten „Fake News“ zu unterscheiden. Dafür gebe es beim BR und anderen ARD-Sendern eigene Teams, die mit der Verifikation von Nachrichten befasst sind.

Modern und reaktionär

Auch religiöser Fundamentalismus und Extremismus finden sich im Netz, etwa bei den Zeugen Jehovas. Matthias Pöhlmann, der Beauftragte für Sekten- und Weltanschauungsfragen der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Bayern, schilderte, dass in letzter Zeit eine Vielzahl neuer christlicher Gruppen entstanden sei – modern im Auftritt nach außen, inhaltlich ausgesprochen konservativ bis reaktionär, meist mit „sehr problematischen Haltungen“ zu Homosexualität und zum Islam.

Dazu komme der Bereich Esoterik, meist eine „institutionen-, technik- und fortschrittsskeptische Strömung“ mit starken Tendenzen zu anti-demokratischem Gedankengut von links wie rechts. Online-Plattformen seien eine effektive Möglichkeit zur Verbreitung der Ansichten dieser Gruppen, die gerne auch Verschwörungstheorien aller Art in selbst produzierten „Fernsehsendungen“ im Netz präsentieren, eigene Videoportale betreiben, sich gegenseitig vernetzen und unterstützen.

*Michael Schröder
Sara Borasio*

Spannende Einblicke in die Zukunft des Journalismus

Künstliche Intelligenz, automatisierte Kommunikation, neue Möglichkeiten in Bild und Video – technische Innovationen verändern den Journalismus. Was ist bald möglich, und welche Rolle nehmen Journalistinnen und Journalisten künftig ein?*

ÜBERNEHMEN DIE ROBOTER die Redaktionen? Noch nicht. Doch die Geschäftsmodelle rund um den automatisierten Journalismus entwickeln sich in rasanter Geschwindigkeit. Johannes Sommer (Retresco Automatisierung) betont aber: Die menschliche Beobachtungsgabe bleibt unersetzlich. Sogenannte Bots können nur mit strukturierten Daten arbeiten – Fußball, Wetter, Börsenwerte – und schaffen neue Aufgaben: Programmieren, Warten, Beobachten. Saim Alkan, Geschäftsführer des Automatisierers AX Semantics, sieht das größte Potenzial des Roboterjournalismus in der Personalisierung und Internationalisierung: Auch kleine Gruppierungen werden ohne größeren Aufwand erreicht. Die Geschwindigkeit der technischen Entwicklung erfordere aber ein Bewusstsein für deren ständige Kontrolle.

Hendrik Luehrsen erklärte in einem Workshop, dass das Programmieren solcher Bots keineswegs ein Informatikstudium erfordert. Durch Plattformen wie



Das Auditorium der Akademie mit 360-Grad-Kamera aufgenommen
© APB

ChatFuel gelingt nach einem Baukastensystem die Erstellung von Robotern in wenigen Stunden. Einfachheit, Minimum und Sozialisation seien die wichtigsten Aufgaben bei der automatisierten Kommunikation.

Individuelle News-Angebote

Sollten Journalisten und Verlage – die (noch) vordergründig Inhalte vertreiben und nachrangig Technologien – mehr über ihre Nutzer wissen? „Wir müssen anfangen, Algorithmen und Automatisierung wirklich zu nutzen“, meint Datenjournalist und Medienberater Marco Maas (OpenDataCity). Konkret sollen infolge des Nutzerverhaltens Nachrichten im Hintergrund einer jeweiligen App sortiert werden. Damit können die Nutzer personalisierte und an ihre Umgebung angepasste Nachrichten erhalten, also keine Videos bei schwachem Akkustand, Audiobeiträge bei Bewegung, keine Push-Nachrichten, wenn man schläft. Diese Art der Personalisierung dann noch mit einem möglichst effektiven Datenschutz zu koppeln, reizt Maas besonders an dieser Nachrichten-Vision.

Virtual Reality nimmt Fahrt auf

Arne Ludwig (Erster Deutscher Fachverband für Virtual Reality) und Virtual-Reality-Berater Dennis Meyer sind sich sicher: Neue Technologien sind nicht mehr aufzuhalten und können den Journalismus sinnvoll ergänzen. 360-Grad-Berichterstattung über die Datenbrille zum Beispiel kann den Betrachter ins Auge eines Hurrikans oder in den Orchestergraben der Münchner Philharmoniker bringen. Virtuelles



Virtual-Reality-Berater Dennis Meyer im vollen Einsatz mit VR-Brille

* Tagung in Kooperation mit der Professur für Praktischen Journalismus an der Technischen Hochschule Nürnberg Georg Simon Ohm

Storytelling macht, vom Computer generiert, außergewöhnliche Situationen erlebbar: Wer einmal einen Bombenangriff im syrischen Krieg virtuell erlebt hat, merkt, „das ist das Empathie-Tool schlechthin, das schafft keine weitere Technik“, zumal über kurz oder lang Gerüche und haptische Wahrnehmung die virtuelle Realität ergänzen werden.

Folgen für Journalisten

Kathrin Konyen, die stellvertretende Bundesvorsitzende des Deutschen Journalistenverbandes, Mario Geisenhanslücke von der Mittelbayerischen Zeitung in Regensburg und Florian Meyer-Hawranek (PULS, Bayerischer Rundfunk) diskutierten über den Wandel im Berufsbild der Journalistinnen und Journalisten. „Es wird weniger Schreiberlinge, dafür mehr Manager geben“, meint Kathrin Konyen. Weil zum journalistischen Handwerk immer mehr Kompetenzen hinzukommen, muss sich auch die Ausbildung anpassen, sie muss mehr technisches Grundverständnis und mehr digitalen Pioniergeist vermitteln. Für alle Medienhäuser gelte: „Wer nicht am Ball bleibt und in Innovationen investiert, wird gnadenlos untergehen.“ Florian Meyer-Hawranek pflichtet ihr bei und ergänzt: Technik muss immer im Dienst des Journalismus stehen,

neue Formate sollten „nicht um jeden Preis wegen der Technik umgesetzt werden“. Es gebe viele Möglichkeiten, sein Publikum zu begeistern, aber auch zu langweilen. Spannende Geschichten jedenfalls gibt es noch immer zuhauf – und damit, konstatiert Mario Geisenhanslücke, keine bessere Zeit als heute, um im Journalismus zu arbeiten.

Sebastian Haas
Sebastian Meyer
(siehe Presseschau Seite 36)



Online mehr sehen

Eine Redaktionswerkstatt unter Koordination des MedienCampus Bayern hat ausführlich über unsere Veranstaltung berichtet. Mehr zu Virtual Reality und künstlicher Intelligenz, Personalisierung und automatisierter Kommunikation unter <http://bit.ly/apb-technik>.

Daten, Daten, Daten – ein Tagungsbericht zu „Datenjournalismus und sichere Recherche“ in Fotos unter <http://bit.ly/apb-daten>.

Bavarabica bei der Tutzinger Kulturnacht

MUSIKERINNEN UND MUSIKER aus Marokko, Syrien und Bayern begeisterten mit ihrem erstklassigen Konzert das voll besetzte Auditorium der Akademie bei der Tutzinger Kulturnacht. In Zusammenarbeit mit der Bayerischen Philharmonie und im Rahmen der Initiative „Integration und Toleranz“ des Wertebündnis Bayern präsentierte die Akademie das Projekt „Musik schafft Heimat“. Durch gemeinsames Musizieren soll die Integration Geflüchteter gestärkt werden.

Das Duo „Zweimalig“ (Lisa Schöttl am Hackbrett und Christine Horter an der Harfe) präsentierte den bayerischen Teil des Abends. Den arabischen Part bestritt das Trio Jisr („Brücke“) mit den syrischen Künstlern Ehab Abou Fakhir (Viola) und Abathar Kmash an der Oud sowie dem Marokkaner Mohcine Ramdan (Gembri und Gesang). Das inspirierende Konzert fand seinen virtuosen Höhepunkt in mehreren gemeinsam gespielten Stücken von Flamenco bis Tango. Langanhaltender, stürmischer Applaus.

Michael Schröder



© MEYER (APB)

Linktipps:

Konzertausschnitt auf Twitter
<https://twitter.com/APBTutting/status/92144064486908928/video/1>



Musik schafft Heimat
<http://www.bayerische-philharmonie.de/Navigation/Soziales-Engagement/Musik-schafft-Heimat>

Duo Zweimalig
<https://www.lisa-schoettl.de/zweimalig/>
<http://www.christinehorter.de/>

Jisr-Ensemble
<https://www.youtube.com/watch?v=NxJTzk9Rs2U>
<https://de-de.facebook.com/Jisr-%D8%AC%D9%90%D8%B3%D9%92%D8%B1-Br%C3%BCcke-1210837858978010/>

13. Tutzinger Radiotage: Hörbar glaubwürdig

Die Radiosender mischen längst kräftig auf den neuen digitalen Plattformen im Netz mit. Sie stehen dort in unmittelbarer Konkurrenz zu neuen Mitspielern auf dem Markt. Wie können dabei Relevanz und Glaubwürdigkeit des Radios gesichert werden? Das war eine zentrale Frage bei den 13. Tutzinger Radiotagen, die sich 50 Journalistinnen und Journalisten aus Deutschland und der Schweiz stellten.

UWE KRÜGER, Medienforscher an der Universität Leipzig, beobachtet „Mainstream-Journalismus“: „Die Mehrheit der Journalisten konzentriert sich auf identische Themen und der Meinungskorridor war schon mal breiter.“ So gebe es einen fast 100-prozentigen Konsens beim Thema Migration, während die Bevölkerung bei den Themen Flucht und Asyl gespalten sei. Krüger sagt: „Die Verteidiger und Kritiker des Systems polarisieren sich. Die Zahl der Unentschiedenen in der Mitte geht zurück.“ Journalisten lebten und stammten aus einem bürgerlich-elitärem Milieu, das sich deutlich vom Durchschnitt der Bevölkerung abhebt.

Die Chefredakteurin des Deutschlandfunks Birgit Wentzien gab zu, dass sich Journalisten bei der Einschätzung und Beurteilung großer Themen der letzten Jahre geirrt hätten. Als Beispiele nannte sie den Ausgang des Brexit-Votums und der US-Präsidentenwahlswahlen. Bezogen auf die bundesdeutsche Realität sagte sie, dass es zwar eine geografische Nähe, aber keine inhaltliche Nähe zur Politik in Berlin gebe. Auf der Ebene der Bundesländer könne dies durchaus passieren, weil sich dort Medien und Politik noch näher seien und es vielleicht auch mal eine Beißenigung gegenüber Landespolitikern gebe.



Birgit Wentzien, Chefredakteurin des Deutschlandfunks, sieht keine zu große Nähe zwischen Politikern und Journalisten.



© FLORANTEVALDEZ / PIXABAY / CCO

Die Landeskorrespondentin für Sachsen vom Mitteldeutschen Rundfunk (MDR) Ine Dippmann, hat schon häufig Aggressivität gegenüber Journalisten erlebt – besonders aus der AfD und der Pegida-Bewegung. Trotzdem sagt sie: „Wir dürfen Medienkritik nicht vernachlässigen, nur weil sie aus der rechten Ecke des politischen Spektrums kommt.“ Einerseits sei man Hassobjekt der Rechten, andererseits brauchen sie Journalisten als Resonanzboden für ihre Öffentlichkeitsarbeit, ergänzte Wentzien. Sie will Glaubwürdigkeit dadurch wieder herstellen, dass wir „Geschichten richtig erzählen, zu Ende erzählen und sie umfassend erzählen: Damit haben wir noch genügend zu tun.“

Interaktives Radio

Dominik Born ist Experte für Online-Innovation beim Schweizer Radio und Fernsehen SRF in Zürich. Er empfahl den versammelten Hörfunkern, die neuen „Smartspeaker“ wie Alexa, Google Home oder Amazon Echo auszuprobieren und neue Ausspielwege fürs Programm zu suchen. Sonst würden die Nutzer schnell zu den Anbietern wechseln, die mit dem technischen Fortschritt gehen. Born rät deshalb: „Weg vom RAdio, hin zum AUDIO!“ Dem personalisierten Programm – egal ob Nachrichten oder Musik – gehören die Zukunft. So könne man bei Radio-Nachrichten „weiterspulen“, weil manche Inhalte schon bekannt sind oder nicht interessieren. Für Dominik Born ist Alexa schon so etwas wie ein Familienmitglied: „Wenn wir in die Ferien fahren, nimmt unsere Tochter Alexa mit, denn die spielt ihr Lieblingsprogramm vom WDR.“ Nachrichtenchef Dietz Schwiesau vom MDR gab zu bedenken: „Wenn wir dort unsere Nachrichten ausspielen, wird unsere Marke noch wahrgenommen? Oder sind es dann Alexa-Nachrichten?“

Auch in diesem Jahr gab es bei den Radiotagen wieder ausführliche Workshops. Dabei geht es ums Ausprobieren und Selbermachen.

Was tun, wenn der Interviewpartner Fragen der Journalisten immer nur scheinbar beantwortet, aber nie konkret? Welche Desinformationstechniken gibt es und wie werden sie eingesetzt? Wie erkennen wir sie, wie gehen wir mit ihnen um? Trainiert wurden Telefoninterviews mit zwei Politikern, die gerne streitbare Thesen (auch innerhalb ihrer Parteien) formulieren: der CDU-Innenpolitiker Wolfgang Bosbach und Boris Palmer, grüner Oberbürgermeister von Tübingen.

Viele Podcasts haben mit neuer Anmutung und Sound Erfolg. Radioleute können davon lernen – von neuen Erzählweisen und Mini-Audios mit neuem Klang. So waren auch die Stücke, die im Workshop vorbereitet wurden, voller Klang- und Tonexperimente, aus der Ich-Perspektive sehr persönlich erzählt. Aber Achtung: „Leichtigkeit ist harte Arbeit“, sagte Moderator Sven Preger. Und sie braucht Zeit.



Smartspeaker wie der HomePod von Apple oder Alexa von Amazon können die Radiowelt revolutionär verändern.

© Rick4512 / flickr.com / CC BYSA 4.0

ihir Einsatz in der Redaktion der Zukunft diskutiert. Eine synthetische Stimme könnte eingesetzt werden, wenn der Moderator krank ist. Oder sie könnte ein geschriebenes Statement der Bundeskanzlerin sprechen. Oder einen Tweet von Donald Trump.

Breaking News

Katastrophen, schwere Unfälle, Amokläufe, Terroranschläge – das sind immer wieder emotionale Ausnahmesituationen für Sicherheitskräfte und Journalisten. Am Beispiel des Amoklaufs in München im Juli 2016 diskutierten der Pressesprecher der Münchner Polizei Marcus da Gloria Martins; die stellvertretende Leiterin von BR24 Gudrun Riedl; der Medienjournalist Daniel Bouhs und der Programmchef des Münchner Radios Charivari, Jan Herold.

Ein großer Teil der Medienarbeit der Münchner Polizei lief an jenem Abend in München über Twitter: „Wir sind bei Twitter, weil dort viele Multiplikatoren sind. Es ersetzt aber nicht die klassische Pressearbeit“, sagte

da Gloria Martins. Damals war es hilfreich, weil man so sehr schnell eine große Verbreitung unter Journalisten hatte und so zur Klärung der Lage und Beruhigung der Bevölkerung beitragen konnte.

Vorproduzierte Elemente

Für Gudrun Riedl war eine wichtige Erfahrung: „Ein einzelner Tweet bewirkt viel. Mit ihm kann man die ganze Kommunikation so oder so steuern.“ Deshalb sollte man „immer mit angezogener Handbremse fahren.“ Korrekturen und Entwarnungen müssen unbedingt über den Sender, wenn sie verifiziert sind: „Wir müssen auch kommunizieren, was nicht ist.“



Gudrun Riedl ist beim aktuellen Nachrichtengeschäft immer mehr mit der Prüfung von Quellen beschäftigt.

© Borasio (APB)

Jan Herold hatte für den Fall eines möglichen Terroranschlags in München ein ganzes Arsenal von vorproduzierten akustischen Elementen fürs Programm zur Verfügung: Terror in München – dazu die passende, dramatische Musik. Die kamen auch zum Einsatz – obwohl noch nicht klar war, worum es sich bei der Schießerei im Olympia-Einkaufszentrum tatsächlich handelte.

Herold ist bereit, bei Ausnahmesituationen, in denen es noch keine Reporter vor Ort gibt, Augenzeugen zu aktivieren: „Stimmungen müssen aufgegriffen und transportiert werden.“ Marcus da Gloria Martins widerspricht dem: Menschliche Wahrnehmung sei in solchen extremen Situationen sehr subjektiv und häufig überfordert. Er schilderte, wie emotionale Meldungen – gerade auch über die sozialen Medien – weitere Falschmeldungen und „Phantom-Tatorte“ provoziert hätten. Normale Bürger seien in Ausnahmesituationen keine gute Quelle. Schließlich sei die Tonalität der Berichterstattung wichtig, damit sich die Menschen in ihrer Stadt sicher fühlen. Auch Gudrun Riedl forderte eine möglichst große Distanz, Zurückhaltung und wenig Emotion in der Berichterstattung.

Daniel Bouhs sprach sich für Schulungen und Krisentraining in der Ausbildung und regelmäßig auch in den Redaktionen aus. So könne man besser auf Krisensituationen reagieren. Bei Wirtschaftsunternehmen sei das üblich – warum nicht bei Journalisten? Denn: Wie sich emotionaler Druck anfühlt, wisse man erst beim konkreten Erleben.

Michael Schröder

Zehn Jahre nach dem großen Crash

Eine Zwischenbilanz der Finanz- und Weltwirtschaftskrise

MIT DEM PLATZEN der Immobilienblase in den USA und dem Zusammenbruch von Lehman Brothers begann vor zehn Jahren die Wirtschafts- und Finanzkrise. Es folgten etliche Bankenzusammenbrüche. Die weltweite Rezession konnte nur mit Hilfe beispielloser staatlicher Rettungsaktionen und einer extrem lockeren Geldpolitik seitens der Zentralbanken aufgefangen werden. Dennoch haben viele Länder das Produktionsniveau der Vorkrisenzeit nicht wieder erreicht, die Finanzmärkte bleiben fragil und die Verschuldungs- und Eurokrise ist noch lange nicht bewältigt.

Der Wirtschaftshistoriker Harold James von der Princeton Universität verglich die jetzige Krise mit der Großen Depression der 1930er Jahre. Bis heute gäbe es keinen Konsens über die Gründe der beiden Krisen,

so James. Einig sei man sich, dass sie beide nicht alleine durch das Platzen spekulativer Blasen erklärbar seien. Crashes habe es immer wieder ohne solche fatale Auswirkungen geben.

Entscheidend sei wohl, so der US-Wissenschaftler, wie stark der Banken- und Finanzsektor kontaminiert wird. So habe die Große De-

pression erst richtig an Fahrt aufgenommen als sich die Bankenkrise in Europa, bedingt aus einem Mix von Firmenpleiten, Kapitalabflüssen und Kreditausfällen, 1931 von Deutschland und Österreich nach England und dann in die USA ausbreitete. Ähnliches gelte für 2007, allerdings in umgekehrter Richtung.

Überschuldung und leichtfertige Kreditvergabe

In einem solchen Fall könnten, so Harold James, nur massive staatliche Interventionen zur Bankenrettung helfen, Schneeballeffekte zu unterbinden. Eine Lehre aus den 1930er Jahren sei auch, dass dies von einer extensiven Geld- und Fiskalpolitik begleitet werden müsse, um die Geldversorgung zu sichern und die ausfallende Nachfrage zu kompensieren. Gemein-



Symbol des Bankencrashes von 2008: Lehman Brothers in New York
© Hard Seat Sleeper / flickr / CC BY 2.0

sam sei den beiden Krisen, dass ihnen eine starke Überschuldung und ein Kreditausfall voraus ging. Die Große Depression sei eigentlich erst mit dem Ende des 2. Weltkrieges zu Ende gewesen. Die jetzige Krise habe man aufgrund der staatlichen Interventionen im Zaum halten können. Kontrovers würde allerdings diskutiert, ob wir schon im sicheren Fahrwasser seien, oder eine dritte Phase der Krise drohe, die von den Schwellenländern ausgehen könnte.

Gegenspieler China

Verstärkt wurde die Krise in den 1930er Jahren noch durch den sich ausbreitenden Protektionismus. So etwas drohe jetzt zwar nicht, so Gabriel Felbermayr vom Ifo-Institut, dennoch verstärke sich Protektion und der internationale Handel wachse nicht mehr so schnell. Einige Regionen und Sektoren der USA hätten unter dem Globalisierungsschub vor allem seitens Chinas stark gelitten, was auch den politischen Aufstieg von Donald Trump erkläre, der jetzt wieder die protektionistische Karte spiele. Dabei werde China, das in den letzten zwei Dekaden seine Bedeutung im Welthandel massiv ausgebaut habe, immer mehr zum globalen Gegenspieler der USA.



Gabriel Felbermayr: „Protektionismus nimmt wieder zu.“

© Borasio / Haas (APB)

Wie bedeutsam China für die Krisenbewältigung war, erläuterte Markus Taube (Universität Duisburg-Essen). Das Land sei nicht direkt durch den Fi-

nanzsektor, sondern nur indirekt durch den Nachfrageausfall der Industrieländer von der Krise 2007 getroffen worden. China habe dann mit einem massiven Konjunkturprogramm reagiert, was der Weltwirtschaft enorm geholfen habe, den Wirtschaftseinbruch zu überwinden. Doch es seien erhebliche Überkapazitäten entstanden, was teilweise die handelspolitischen Konflikte (u.a. im Stahlbereich) erkläre.

Markus Taube stellte fest: „China agiert zunehmend nicht nur als wirtschaftspolitischer, sondern auch als strategischer außenpolitischer Akteur.“ Deshalb steige das Konfliktpotential mit dem Westen, besonders mit den USA. Zudem seien zunehmende Zentralisierungstendenzen und politische Einflussnahmen auf die Wirtschaft durch die Kommunistische Partei zu beobachten. Problematisch sei, dass auch in China die öffentliche und private Verschuldung stark gestiegen sei. Dies ginge mit einer Immobilienblase und einem boomenden Schattenbankensystem einher. Aus dieser Mixtur könne eine neue globale Finanz- und Wirtschaftskrise entstehen.



Markus Taube: „Das Konfliktpotential zwischen China und dem Westen wächst.“

Niedrige Zinsen als Droge

Die Weltwirtschaft befindet sich in einer Art „Eiszeit“, so die These des Unternehmensberaters Daniel Stelter. Schon vor 2007 stiegen die Schulden von privaten Haushalten, Unternehmen und dem Staat. In Folge der Krise explodierten sie. Man habe damit zwar im Gegensatz zu den 1930er Jahren die Rezession verkürzt, doch die Erholung verlaufe nur sehr langsam.



Bankenkrise 1931: Massenandrang der Sparer vor einer Sparkasse in Berlin.

© Bundesarchiv / Bild 102-12023 / Georg Pahl / CC-BY-SA 3.0

Zudem werde dieser magere Aufschwung durch extrem niedrige Zinsen und steigende Schulden erkauft. Sie seien eine Art Droge, ohne die die Weltwirtschaft nicht mehr funktioniere.

„Heraussparen“ könne man sich nicht, denn dafür seien die Staatsschulden zu hoch. Geringere Staatsausgaben würden die Rezession noch vertiefen. Die bevorzugte Strategie der Zentralbanken aller Industrieländer sei es, so Stelter, zu versuchen, aus den Schulden herauszuwachsen und höhere Inflation zuzulassen. Doch die Strategie funktioniere einfach nicht, denn die zusätzliche Geldmenge produziere kaum Wachstum und so gut wie keine Inflation. Die dritte Möglichkeit wäre eine Art Schuldenschnitt, der jedoch höchst unpopulär wäre. Realistisch sei deshalb, dass man sich weiter „durchwurtele“, d.h. Geld drucke. Es bestehe aber die Gefahr, dass sich die Blasen weiter aufblähen, die sich dann wieder in einem neuen Crash entladen könnten.

EZB überfordert

Die Euro-Krise war ein weiteres Thema. Gerade weil die Unterschiede in der Wettbewerbsfähigkeit nicht über den Wechselkurs ausgeglichen werden könnten, so Ulrich Fritzsche von der Universität Hamburg, hätten die Konstruktionsfehler der Eurozone so große negative Wirkungen. Gravierend seien vor allem das Fehlen automatischer Stabilisatoren (Transfers über Sozialsysteme) sowie das Fehlen einer Fiskal- und Bankenunion. Einzig die EZB könne europäisch handeln, doch sei die Geldpolitik mit den Aufgaben der Stabilisierung der europäischen Wirtschaft überfordert.



Ulrich Fritzsche: „Fiskal- und Bankenunion fehlt.“

Jannis Emmanouilidis vom European Policy Centre (EPC) in Brüssel verbreitete jedoch verhalteten Optimismus. Die sich überlappenden Krisen in der EU seien zwar noch nicht überwunden, doch bestehne nach der Wahl von Emmanuel Macron zum Staatspräsidenten Frankreichs Hoffnung, dass sich Berlin und Paris auf politische Initiativen einigten, um die Konstruktion der Eurozone stabiler zu gestalten. Einige Vorschläge u.a. von der EU-Kommission lägen auf dem Tisch, u.a. der eines eigenen Eurozonen-Budgets. Eine Revolution könne man sicher nicht erwarten.

Zur expansiven Geldpolitik der EZB gebe es keine Alternativen, so Gerhard Illing (LMU München). Einige wichtige und letztlich erfolgreiche Strukturen zur

Stützung von Krisenländern habe man mit dem ESM (European Stabilisation Mechanism) und den damit verbundenen Programmen geschaffen. Die Rettungspolitik sei im Falle Griechenlands jedoch gescheitert, so Ulrich Fritzsche. Selbst der IWF habe nicht mehr an die Wirksamkeit der Politik geglaubt, die sich in einem Stop-and-Go aus Sparen, Neuverhandlungen und impliziten Schuldenerlassen beschränkte. Illing und Fritzsche zogen den gleichen Schluss: Die EU bleibe ein „Papiertiger“, solange kein Europäischer Stabilisierungsfonds mit Eurobonds entstehen würde.

Fiskalunion oder „Maastricht 2.0“

Wolfgang Wiegard, der frühere Chef der „Wirtschaftsweisen“ (Universität Regensburg), kritisierte solche Lösungen, denn sie ließen letztlich auf eine Transferunion hinaus, wie sie im Maastricht-Vertrag ausdrücklich nicht vorgesehen war. Die Spannungen in der Währungsunion seien aber auch Ausdruck unterschiedlicher wirtschaftspolitischer Philosophien. Während Deutschland auf die Einhaltung von Regeln poche, fordere man seitens der EU-Südländer von Deutschland höhere Investitionen und eine expansive Fiskalpolitik. Die Währungsunion sei zwar durch die lockere Geldpolitik gerettet worden, aber keineswegs in sicherem Fahrwasser.

Regelverstöße in der Fiskalpolitik würden letztlich nicht geahndet, so Wiegard. Reformen könnten nur dann zu einem stabilen institutionellen Rahmen der Währungsunion führen, wenn Haftung und Kontrolle in einer Hand lägen. Dies wäre zwar in einer Fiskalunion möglich, doch das sei auch aus verfassungsrechtlichen Gründen nicht realisierbar und ohnehin nicht wünschenswert. Es bleibe deshalb als „saubere Lösung“ nur die konsequente Durchsetzung des Prinzips der „Subsidiarität“. Aber auch ein solches „Maastricht 2.0“ sei politisch wenig realistisch. Deshalb hielt Wiegard das bisher praktizierte „Durchwursteln“ für die wahrscheinlichste Variante, weshalb die Währungsunion auch weiterhin instabil bleibe.



Wolfgang Wiegard: „Die Währungsunion ist keineswegs in sicherem Fahrwasser.“

Bankenunion als Stabilitätsanker

Entscheidend für die Stabilität der Währungsunion sei die Einführung der Bankenunion, so Christoph Kaserer (TU München). Sie sei eingebettet in die internationalen Basel-III-Vereinbarungen, mit denen das in-

ternationale Finanzsystem stabiler gemacht werden soll. Kernpunkt sei eine stärkere Überwachung des Finanzsektors, was mit einer Erhöhung der Eigenkapitalquoten der Banken einhergehen soll. Man habe in Europa hier schon einiges erreicht, doch die USA hätten schneller gehandelt. Einige Maßnahmen wie beispielsweise die einheitliche Einlagensicherung seien noch nicht durchgesetzt und umstritten.

Sara Borasio
Sebastian Haas
Wolfgang Quaisser

Panama und Paradise Papers: Enttarnung der Steueroasen

FREDERIK OBERMAIER von der Süddeutschen Zeitung stellte ein eindrucksvolles Beispiel des investigativen Journalismus vor. Er gehörte zu einem weltweiten Recherche-Team und hat zusammen mit rund 400 Kolleginnen und Kollegen ein System von Steueroasen aufgedeckt: die sogenannten Panama Papers. Die Veröffentlichungen haben einige Regierungschefs u.a. von Island das Amt gekostet und noch immer werden neue Details veröffentlicht. Dafür gab es den Pulitzer-Preis als Anerkennung für die journalistische Leistung. Aber was hat die Recherche darüber hinaus gebracht?

„Die Diskussion über Steueroasen geht weiter“, berichtet Obermaier und verweist auf Anti-Offshore-Gesetzgebung, verstärkte Offenlegungspflichten für Politiker und Transparenzregister, auf Steuerabkommen und Datenankäufe durch Steuerbehörden. „Wer eine Briefkastenfirma gründet und Schutzmauern um sein Vermögen baut, muss mittlerweile Angst haben“, meint Obermaier – und sieht dabei in der Europäischen Union noch großen Handlungsbedarf. Die Beispiele der Steueroasen Niederlande, Malta, Zypern oder Luxemburg zeigen es.

Obermaier gehörte auch zum internationalen Recherche-Team, das im Herbst 2017 die Geschäfte der Kanzlei Appleby aufdeckte („Paradise Papers“). Die Unterlagen lassen in eine Welt blicken, die speziell für die Bedürfnisse der Großkonzerne, der Reichen und Superreichen zuschnitten wurde, um Steuern zu vermeiden.



Frederik Obermaier war an den globalen Recherchen zu den Panama Papers beteiligt.

Die Evolution des Bildungssystems

In unserer Reihe „Denken am See“* wurde die Anpassung der Aus- und Weiterbildung an die veränderte Arbeitswelt diskutiert.

VOR ZEHN JAHREN hat Bundeskanzlerin Merkel die Bildungsrepublik Deutschland ausgerufen. Doch noch immer verlassen zu viele Jugendliche die Schule ohne Abschluss. Der Übergang in eine Berufsausbildung bleibt für Jugendliche mit Hauptschulabschluss oder Migrationshintergrund schwierig. Gleichzeitig nimmt die Anzahl der Studienanfänger zu. Aber was braucht die Gesellschaft? Wer fragt die Jugendlichen nach ihren Wünschen und Erwartungen an die Zukunft? Kann unser Bildungssystem überhaupt bei so divergierenden Interessenlagen reformiert werden? Brauchen wir eine Bildungsrevolution?

Anpassungsbedarf

Unser duales Ausbildungssystem genießt einen sehr guten Ruf. Die Tatsache, dass Deutschland trotz mittelmäßiger Akademikerquote wirtschaftlich sehr gut aufgestellt ist, könne man als Indiz für die Stärke der beruflichen Bildung in Deutschland sehen, so Friedrich Esser, Präsident des Bundesinstituts für Berufsbildung in Bonn. Allerdings müsse man das duale System hinterfragen, denn es passe nicht mehr zu vielen Berufen, die von ihm repräsentiert sind. Jüngere Generationen hätten Anforderungen an die Flexibilität der Ausbildung und Entscheidungsfreiheit, die im dualen System so nicht abrufbar seien. Eine neue Justierung könne man eventuell im deutschen, beziehungsweise europäischen Qualifikationsrahmen ansetzen.

Digitalisierung ist ein offener Prozess. Allerdings stehen viele der Digitalisierung skeptisch gegenüber, stellte Matthias Anbuhl, Leiter der Abteilung Bildungspolitik und Bildungsarbeit beim DGB, fest: „Die Propheten streiten über die Auswirkungen der Digitalisierung auf die Arbeitswelt.“ Arbeitsplätze könnten wegfallen, zugleich gäbe es vermutlich eine gesteigerte Produktivität.

Wir sollten nicht angstvoll auf Prognosen starren, sondern die Arbeitswelt gestalten. Werner Widuckel (Universität Erlangen-Nürnberg) sagte, es sei nicht unbedingt eine Tragödie, wenn bestimmte Arbeitsbereiche wegfielen. Die Babyboomer-Generation werde nicht demografisch ersetzt, so dass es in ei-



© LIEBERMANN

FABRIK DER ZUKUNFT

nigen Bereichen zu einem Arbeitskräftemangel kommen werde, der durch Automatisierung ausgeglichen werden könne.

Digitale Qualifikationsanforderungen blieben ein sehr wichtiges Thema, allerdings benötigten nicht alle eine Weiterbildung, um weiterhin ihre Arbeit auszuüben. Es gebe Einfacharbeiten, bei denen eine Automatisierung viel zu teuer wäre, und die demnach nicht verschwinden werden. Denkleistungen mit wenigen Variablen hingegen würden vermutlich ersetzt werden. Dies würde aber nicht sofort zu einer Massenarbeitslosigkeit führen, da in einer digitalen Welt neue Stellen und Arbeitsformen entstehen. „Wie sich die Qualifikationsstrukturen entwickeln werden, ist branchenabhängig zu sehen“, meinte Widuckel.

Evolution statt Revolution

Die Trennung von beruflicher und akademischer Bildung, die wachsende sozioökonomische Kluft und der feste Sockel der Ausbildungslosigkeit sind nur einige der Herausforderungen der Bildungswelt, welche Matthias Anbuhl erläuterte. Es gebe jedoch auch Möglichkeiten, dies zu verbessern, indem man beispielsweise eine Ausbildungsgarantie für alle Jugendlichen einführe, ein Weiterbildungssystem etabliere und lebenslanges Lernen finanziell fördere. Für diese Schritte sei allerdings der Begriff „Revolution“ vollkommen unpassend. Es gehe darum, die existierenden Strukturen zu verbessern. Werner Widuckel brachte es auf den Punkt: „Es braucht eine Evolution und keine Revolution.“

Sara Borasio

Linktipp

<http://denk-doch-mal.de/wp/Ausgaben/04-17-hilft-nur-eine-revolution-bildung-bringt-radikale-veraenderungen/>

* In Kooperation mit der IG Metall und dem KAB Bildungswerk

Am Rand der Gesellschaft

4. Filmgespräch am See mit Eva Mattes und Kai Wessel

DIE SPÄTESTENS SEIT ihrer Rolle als „Tatort“-Kommissarin Klara Blum einem großen Publikum bekannte Schauspielerin Eva Mattes und der Regisseur Kai Wessel, der im vergangenen Jahr „Nebel im August“ herausbrachte, waren Gäste des von BR-Redakteurin Sylvia Griss („Capriccio“) moderierten 4. Filmgesprächs am See*. Als Ehrengast ebenfalls dabei: Regisseur und Oscar-Preisträger István Szabó.

Mattes und Wessel setzen sich oft in ihrem künstlerischem Schaffen mit denen auseinander, die am Rande stehen, ausgestoßen werden aus der Gesellschaft, in ihren Familien nicht zurechtkommen, gar als nicht erhaltenswertes Leben gelten.

Berühmt mit Skandalfilm

Mattes tat dies als geistig zurückgebliebene und kurzichtige Beppi 1972 im Theaterstück „Stallerhof“ (Autor: Franz Xaver Kroetz) oder als Vergewaltigungsopfer Phan Ti Mao im Anti-Vietnam-Film „o.k.“ (Regie Michael Verhoeven). Der 1970 als anti-amerikanisch empfundene Skandalfilm wurde auf der Berlinale gezeigt und die Festivaljury unter ihrem amerikanischen Präsidenten George Stevens gab den Film nach der Vorführung an die Auswahlkommission zurück. Nach heftigen Auseinandersetzungen musste die Berlinale – zum bisher einzigen Mal – abgebrochen werden. Preise wurden nicht vergeben. Festivalleiter Alfred Bauer trat vorübergehend zurück. Eva Mattes bekam für ihre Rolle den Bundesfilmpreis als beste Nachwuchsdarstellerin. Sie war damals 15 Jahre alt.

Systematische Tötung

Weniger skandalträchtig, dafür umso aufwühlender und berührender ist der Film „Nebel im August“ von Kai Wessel, der nach einem dokumentarischen Roman von Robert Domes gedreht wurde. Er erzählt die wahre Geschichte des 13-jährigen Ernst Lossa. Er ist ein „Jenischer“, Sohn fahrender Händler und Halbwaise, ein aufgeweckter, aber unangepasster Junge, der von den Nazi-Behörden 1940 als „nicht erziehbar“ und „asozial“ eingestuft wird. Er kommt in eine Nervenheilanstalt und bemerkt, dass dort Insassen systematisch umgebracht werden. Er setzt sich zur Wehr und versucht, den behinderten Patienten und Mitgefange- nen zu helfen. Schließlich kommt er selbst auf die To- desliste des Klinikchefs und wird 1944 ermordet.



Die Regisseure Kai Wessel, István Szabó und Schauspielerin Eva Mattes (von links) waren Gäste des Filmgesprächs am See.

© Haas (APB)

Wessel fragte: „Wer steht eigentlich am Rand der Gesellschaft? Der Vorstandschef eines Automobilkonzerns, der die Kunden jahrelang mit falschen Abgaswerten betrogen hat oder der Behinderte mit Down-Syndrom?“

90 Prozent Abtreibungsquote

Die Abtreibungsquote bei Down-Syndrom liege heute bei 90 Prozent. Bei den Nazis habe der Staat getötet, jetzt überlasse man die Entscheidung über Leben und Tod den Familien. In der Klinik Kaufbeuren-Irsee, in der Ernst Lossa einsaß, wurde übrigens auch nach dem Ende der Nazi-Diktatur weiter gemordet – mit Billigung der amerikanischen Besatzer.

Eva Mattes berichtete von ihrer Arbeit mit Behinderten – der Berliner Theatergruppe RambaZamba und dem Stück „Der gute Mensch von Downtown“: „Diese Menschen haben einfach eine andere geistige Ordnung. Sie sind besonders liebevoll und phantasiebegabt.“ Diese Arbeit gebe ihr als Mensch und Schauspielerin sehr viel.

Michael Schröder
(siehe Presseschau Seite 35)

Linktipps:

- https://de.wikipedia.org/wiki/Kai_Wessel
- http://www.fbw-filmbewertung.com/film/nebel_im_august
- <http://evamattes.com/>
- https://www.berlinale.de/de/archiv/jahresarchive/1970/01_jahresblatt_1970/01_Jahresblatt_1970.html

* In Zusammenarbeit mit dem Starnberger Fünf-Seen-Filmfestival. Das Filmgespräch am See wurde am 16. September 2017 auf ARD-alpha gesendet und ist in der Mediathek verfügbar.

Migration und Integration als Dauerbrenner der politischen Bildung

Seit 50 Jahren beschäftigt sich die Akademie mit praktischen Problemen der Sozialarbeit mit Zugewanderten.

BEREITS 1967 hat die Akademie begonnen, Fragen der sozialen Integration von Zugewanderten als Thema der politischen Bildung aufzugreifen. Im Zeichen des sogenannten „Wirtschaftswunders“ und des Arbeitskräftemangels kam es zu Beginn der 1960er-Jahre zur Anwerbung von Millionen von „Gastarbeitern“. Viele blieben auf Dauer und zogen ihre Familien nach. So wurde „aus der ‚Gastarbeiterfrage‘ (...) eine Einwanderungsfrage, aus dem Arbeitskräfteimport eine importierte soziale Frage, die nicht einfach wieder exportiert werden kann, weil es hier nicht um Gebrauchsartikel, sondern um Menschen geht.“ So bereits damals der Migrationsexperte Klaus J. Bade.

Gegen Vorurteile – für Rationalität

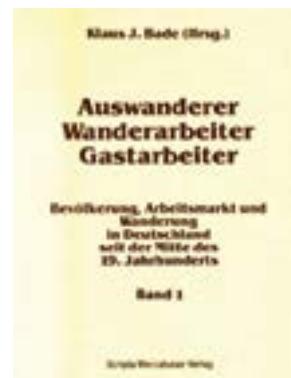
„Das sogenannte Gastarbeiter-Problem“, stand im Februar 1967 im Mittelpunkt einer Akademietagung in Zusammenarbeit mit der Landesarbeitsgemeinschaft „Arbeit und Leben“. Ausgehend von der Tatsache, dass im Juni 1966 in der Bundesrepublik über 1,3 Millionen Ausländer in allen Zweigen der Wirtschaft arbeiteten, wurde danach gefragt, ob sich die (west-)deutsche Bevölkerung inzwischen an die Gastarbeiter gewöhnt habe? Auch seinerzeit hat es in allen Schichten starke Vorurteile gegen Ausländer gegeben und politische Gruppen versuchten, daraus Nutzen zu ziehen. So zog die rechts-extreme NPD 1966 mit 15 Abgeordneten in den Bayerischen Landtag ein und scheiterte 1969 bei den Bundestagswahlen nur knapp an der Fünf-Prozent-Hürde.

Zweck der Tagung war es, zunächst einmal ein realistisches Bild über die Lage speziell der Gastarbeiter zu gewinnen, ihre Wirkung auf die wirtschaftliche Entwicklung unseres Landes zu erörtern und nach Möglichkeiten zu suchen, die grassierenden Vorurteile gegen sie kritisch zu hinterfragen und auszuräumen.

Ein wichtiger Schritt zur Konsolidierung der Ausländer(sozial)arbeit stellte das Anfang der 1980er-Jahre – in Zusammenarbeit zwischen der Akademie und verschiedenen Münchner Wohlfahrtseinrichtungen – entwickelte Modell-Projekt zur „Verbesserung der Hilfen für ausländische Familien“ dar. In der gemeinsamen Planungsgruppe waren für die Akademie Klaus Grosch und Karl-Heinz Willenborg vertreten. Sie konzipierten den Teil, der auf der Grundlage aktueller Informationen und Analysen von Wissenschaftlern über die Situation von

Ausländern in der Bundesrepublik eine rational(er)e Diskussion ermöglichen sollte. Es handelte sich dabei um den ersten größeren Versuch dieser Art in der gesamten Bundesrepublik, der auch über München hinaus in anderen Großstädten mit Interesse verfolgt wurde.

Im März 1984 wurde nach mehr als vierjähriger Tätigkeit ein erster Bericht des „Projekts – Verbesserung der Hilfen für ausländische Familien“ vorgelegt. Eine der zentralen Erkenntnisse resultierte aus der gemeinsamen Erfahrung, dass eine wirkliche und weitergehende Verbesserung der Hilfen wohl nur dann zu erreichen wäre, wenn „alle ‚einschlägigen‘ Dienststellen und Behörden in das Kooperationsgeschehen mit einbezogen würden, deren Tätigkeit und Entscheidungen existentielle Bedeutung für ausländische Familien haben.“ Dementsprechend wurde der Arbeitskreis um folgende Institutionen erweitert: Amt für Wohnungswesen, die Abteilung für Sozialplanung, das Schul- und das Sozialamt der Landeshauptstadt München, das Kreisverwaltungsreferat (Ausländerangelegenheiten) sowie das Arbeitsamt München. Ab 1985 saßen damit alle für die ausländischen Familien wichtigen Institutionen in der bayerischen Landeshauptstadt an einem Tisch. Später sind noch weitere Einrichtungen hinzugekommen: wie beispielsweise die Informationsstelle für Ausländer des BRK oder das Büro der/ des Ausländerbeauftragten der Stadt München.



Tagungsband des Tutzinger Symposiums „Vom Auswanderungsland zum Einwanderungsland“ 1982

Wie wichtig es ist, Netzwerke der Kooperation zu bilden und Ansprechpartner zu benennen und kontinuierlich zusammenzubringen, hatte sich in München bereits in den 1990er-Jahren mit den Bürgerkriegsflüchtlingen aus dem ehemaligen Jugoslawien gezeigt. Welche positiven Effekte diese frühen Kooperationsanstrengungen in München gebracht haben, hat sich gerade während des Sommers 2015 nach der Grenzöffnung erwiesen. Wegen der langen Erfahrungen im Bereich der gemeinsamen Ausländer(sozial)arbeit war man in München recht gut auf die Herausforderungen ab September 2015 vorbereitet.

„AKIA“ steht heutzutage für „Arbeitsgemeinschaft Kooperation in der interkulturellen Arbeit“ und bleibt wichtiger Kooperationspartner der Akademie.

Steffen H. Elsner

Der neue Tutzinger Diskurs im Doppelpack

Der Tutzinger Diskurs etabliert sich als dauerhaftes Format. Gleich zwei erfolgreiche Forschungsanträge Michael Spiekers ermöglichen, dass rund dreißig Experten in zwei Projekten aktuelle und kontroverse Themen angehen können. Interdisziplinarität, Pluralismus und Freiheit im Diskurs sowie die Suche nach philosophischer Begründung prägen die Projekte.

NACH DEM ERSTEN Tutzinger Diskurs „Gute Wissenschaft“ (2012/13) und einem weiteren zum Thema „Reproduktionsmedizin und Pränataldiagnostik“ (2015/16) geht der Tutzinger Diskurs nun in die 3. und 4. Runde. Das Bundesministerium für Bildung und Forschung fördert für zwei Jahre das Projekt „Big Data im Diskurs“ und das Bayerische Staatsministerium für Arbeit und Soziales, Familie und Integration finanziert über 15 Monate den Diskurs „Wege der Integration“. Für diese Zeit werden an der Akademie fünf weitere Projektmitarbeiter tätig sein – Ludwig Krüger, Jana Funk und Balasundaram

am Krishantan gestalten das Big Data-Projekt, Christian Hofmann und Juliane Schwab begleiten den Integrations-Diskurs.

Big Data im Diskurs

Big Data im Diskurs erforscht die Chancen und Risiken, die sich durch die zunehmende Digitalisierung im Gesundheitswesen ergeben. Der zweijährige Diskurs gliedert sich in zwei Phasen: Im ersten Jahr werden in vier Workshops in Tutzing Handlungsempfehlungen für die Politik erarbeitet, wobei dieses Ergebnis in einem fünften Workshop in Zagreb mit südosteuropäischen Kooperationspartnern in einem internationalen Rahmen diskutiert wird. Im zweiten Jahr werden die Diskursteilnehmenden ihre Kenntnisse und Erfahrungen in eigenen Projekttagen mit jungen Menschen weitertragen. Eine Begleitforschung untersucht, in welcher Weise der Diskurs zur Bildung kritischer Urteilskraft beitragen kann.

Wege der Integration

Der Integrationsdiskurs fragt, was „Erneuerung“ und „Herstellung eines Ganzen“ so die ursprüngliche Bedeutung von „integratio“ im Hinblick auf eine Gesellschaft und besonders in Deutschland und Bayern bedeuten. Dabei soll auch die Frage nach dem Verhältnis der kulturellen Integration zu strukturellen Aspekten wie Arbeit, Wohnen oder Bildung untersucht werden. Das Ziel ist, Wege der Integration aufzuzeigen.

Ludwig Krüger
Michael Spieker



Weitere Informationen

auf www.tutzinger-diskurs.de



Die Teams der beiden neuen Tutzinger Diskurse: Jana Funk, Christian Hofmann, Michael Spieker, Ludwig Krüger, Juliane Schwab und Balasundaram Krishantan (von links)

© Meyer (APB)

Vertrauensverlust in den transatlantischen Beziehungen

Donald Trump ist der erste US-Präsident, der das transatlantische Bündnis in Frage stellt und es einem ökonomischen Nutzenkalkül unterwirft. Die Partner diesseits des Atlantiks eint die Sorge, ob sie sich auf die USA noch verlassen können.

IM FRÜHJAHR 2017 absolvierte Donald Trump seine erste Auslandsreise: Neun Tage für den Nahen Osten und Europa. Seine Rede im NATO-Hauptquartier und das Ausbleiben eines Bekenntnisses zur Beistandsgarantie werden zum Sinnbild für seine Haltung gegenüber der transatlantischen Partnerschaft: „Der hat uns einfach den Stinkefinger gezeigt“, resümierten diplomatische NATO-Kreise. Bundeskanzlerin Merkel nahm daraufhin die Mitgliedstaaten der EU in die Verantwortung und zeigte die künftige Richtung auf: Es sei an der Zeit, dass die Europäer ihr Schicksal nun „wirklich in die eigene Hand nehmen müssen.“ Unsere Sommerakademie Internationale Politik fragte nach den Folgen der Präsidentschaft Trumps für die transatlantischen Beziehungen.

Weder Demagoge noch Ideologe

Donald Trump regiert nach seinem im Wahlkampf versprochenen Narrativ „America First“. Der Slogan seiner Kampagne („Make America great again“) ist allerdings nicht neu, sondern mehr als dreißig Jahre alt. Er geht auf den Wahlkampf Ronald Reagans zurück, der bereits 1980 gegen das politische Establishment wetterte. Torben Lütjen (Max Kade Center for European and German Studies, Nashville) gab Entwarnung: Trump sei kein totalitärer Demagoge, der die Demokratie in den USA abschaffen wolle. Hinter seinem Narrativ stecke auch keine ausgefeilte politische Ideologie. Vielmehr müsse man die Idee des



Torben Lütjen: „Trump will die Demokratie in den USA nicht abschaffen.“
© APB



© STUTTMANN

„America First“ als eine Art vorideologische Mentalität begreifen. Trump gelinge es, dieser Mentalität durch eine starke Rhetorik breite Öffentlichkeit zu verschaffen, stellte Steffen Hagemann (TU Kaiserslautern) fest. Sie könne durchaus machtvoll und eskalierend wirken.

Abkehr vom Multilateralismus

Allerdings wird die gegenwärtige sicherheitspolitische Komplexität der Welt durch populistische Antworten wenig adäquat aufgegriffen. Trumps einfache Antworten bleiben konkrete Umsetzungsmöglichkeiten schuldig. Und so folgt seinen schrillen Worten bislang eine eher gemäßigte Politik, sagte Carolin Busch (Industrieanlagen-Betriebsgesellschaft IABG, München). So bekannte sich Trump zur Bündnisverpflichtung innerhalb der NATO, wenn auch reichlich spät. Ein erster Blick auf seine Außenpolitik lässt konkrete Tendenzen erkennen. Lukas Herr (TU Kaiserslautern) identifizierte einen ausgeprägten Nationalismus, der sich stark an den ökonomischen Interessen der USA ausrichtete und internationale Verpflichtungen weniger Bedeutung beimesse. Genau diese Abkehr vom Multilateralismus entfaltet nachhaltige Folgen für die partnerschaftliche Kooperation innerhalb bestimmter Politikfelder.



Carolin Busch: „Schrillen Worte folgt eine eher gemäßigte Politik.“

Der Zusammenarbeit im Bereich der Terrorismusabwehr liegen aufgrund unterschiedlicher Erfahrungen mit Terrorismus auch unterschiedliche Bedro-

hungsmuster zugrunde. Europa war bereits vor dem 11. September 2001 von häufigen Anschlägen kleineren Ausmaßes betroffen. Die Täter stammten meist aus den betroffenen Ländern. Für die USA hingegen sei das Datum bis heute ein traumatisches Ereignis. Es habe sich in einem gesamtgesellschaftlichen Gefühl einer von außen kommenden Bedrohung manifestiert, so Andrea Rotter von der Hanns-Seidel-Stiftung. Demnach würde der globale, grenzenlose Kampf gegen den Terrorismus, wie ihn bereits die Bush-Administration prägte, in Europa schon immer anders bewertet. Sowohl unter der Bush- als auch unter der Obama-Administration zielte die transatlantische Zusammenarbeit auf die Harmonisierung verschiedener Bewältigungsstrategien ab. Die dysfunktionale Führung der Trump-Regierung hingegen unterminiere die bereits erreichten Schritte, wie sich etwa in der Lockerung der Obama-Richtlinien für die gezielte Tötung durch Drohnen oder einer konsequenten Vernachlässigung ziviler und gesellschaftlicher Ansätze zeige.

„America First“

Eine ähnliche Wirkung entfaltet das Narrativ „America First“ auch in der Klima- und in der Handelspolitik. Geraide die transatlantischen Handels- und Investitionsbeziehungen sind hochgradig voneinander abhängig und verwoben. Trumps einseitige Forderung an die transatlantischen Partner, ihre Märkte für US-amerikanische Waren und Dienstleistungen zu öffnen, verkenne die Zusammenhänge, sagte Julia Howald vom Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI). So seien etwa die deutschen Direktinvestitionen in den USA deutlich höher als die US-amerikanischen Direktinvestitionen in Deutschland.

Stärkung fossiler Energie

Was „America First“ für die Klima- und Energiepolitik bedeutet, ist alarmierend: Im Grundsatz ziele die Regierung Trump darauf ab, alles rückgängig zu machen, was die Obama-Administration auf den Weg gebracht hat, stellte Sonja Thielges (Institute for Advanced Sustainability Studies, Potsdam) fest. Hinter seinem Ziel, Arbeitsplätze in den USA selbst zu schaffen, schöpfe Trump alle Möglichkeiten aus, politisch zu wirken. Das bedeute unter anderem eine Stärkung fossiler Energieträger, die Steuerung der Umweltpolitik durch Streichungen im Haushalt oder die drastische Kürzung von Mitteln für Forschung und Entwicklung.



Sonja Thielges beschrieb Trumps Rückwärtskurs in der Klima- und Energiepolitik.



Donald Trump spricht auf einer Wahlkampfveranstaltung in Phoenix, Arizona.

© Gage Skidmore / flickr.com / CC BY-SA 2.0

Nach einem knappen Jahr der Präsidentschaft Trumps fällt das Resümee für die transatlantischen Beziehungen nüchtern aus: Ihr zentrales Element, das moralische Vertrauen in den Partner USA, sei stark beschädigt, fasste Florian Böller (TU Kaiserslautern) zusammen.

Vertrauensverlust

Die weltpolitische Stellung der USA beruhe nicht allein auf ihren materiellen Ressourcen. Zentral sei ihre Anerkennung als Führungsmacht. Deren Legitimität sei derzeit aber durch die Inkonsistenz der US-amerikanischen Außenpolitik unterminiert. Einzig das strategische Vertrauen in die institutionellen Strukturen, wie die NATO, sei von dieser Krise unberührt geblieben und fungiere derzeit als Hoffnungsschimmer. Nicht nur, aber auch aufgrund der Außenpolitik Trumps eröffnet sich für die EU eine einzige Chance, als starker und souveräner Akteur in den transatlantischen Beziehungen aufzutreten. Die Fortführung der Integration in den EU-Außenbeziehungen, deutliche Investitionen in den Aufbau ziviler, aber auch militärischer Strukturen sind notwendige Schritte, die die EU insbeson-



Florian Böller sieht das Vertrauen in den Partner USA stark beschädigt

dere seit Lancierung ihrer neuen Globalen Strategie 2016 auf den Weg brachte. Interessant ist hier auch die Rolle der Bundesrepublik: Eine mutige, multilaterale Außenpolitik hat das Potential, Europa insgesamt zu stärken.

Anja Opitz

Zur Lage der Nation

ZAHLREICHE RENOMMIERTE Fachvertreterinnen und -vertreter der deutschen Politikwissenschaft diskutierten unter dem Titel „Zur Lage der Nation. Konzeptionelle Debatten, gesellschaftliche Realitäten, internationale Perspektiven“* über die Bedeutung der Nationalstaaten. Vor kurzer Zeit galten sie als nur noch von historischem Interesse. Dies hat sich unter dem Eindruck einer zunehmenden Globalisierungskritik und der jüngsten Migrationsströme deutlich gewandelt.

Der Historiker Michael Wolffsohn (Universität der Bundeswehr München) analysierte Kontinuitäten und Brüche in den Einstellungen der Deutschen zu verschiedenen Aspekten ihrer Nation seit dem Kaiserreich. Dabei nahm er vor allem die „kleinen“ Leute und weniger die Positionseliten in den Blick. Veränderungen, etwa beim Verhältnis zur Obrigkeit oder bei

der Identifikation mit der nationalsozialistischen Ideologie, erfolgten dabei laut Wolffsohn häufig zu anderen, meist viel früheren Zeitpunkten, als gemeinhin angenommen. Dass sich dieser facettenreiche Einstellungswandel vollziehen konnte und kann, liege an den sich ebenfalls wandelnden Rahmenbedingungen, durch die die Menschen gewissermaßen „umprogrammiert“ würden. Wolffsohn machte jedoch keinen Hehl daraus, dass er nicht jede dieser Veränderungen in den Einstellungen zur Nation oder deren Selbstverständnis für eine positive Entwicklung hält. Besonders kritisch äußerte er sich zur „moralischen Großmannssucht“, mit der Deutschland seines Erachtens zuletzt auf internationaler Ebene agiere.

Umstrittene Funktionalität

Auf dem Panel zu den konzeptionellen Grundlagen der Nationalstaaten ging Samuel Salzborn (Universität Gießen) dem Spannungsverhältnis von Ethnizität, Homogenität und Nation nach, während Hans-Christof Kraus (Universität Passau) die historischen Voraussetzungen und gegenwärtige Bedeutung von Nationen und Nationalstaaten untersuchte. Deren Funktionalität und Zweckmäßigkeit sei nach wie vor umstritten, so Kraus, zumal ein alternatives, praktikableres Ordnungsmodell nicht in Sicht sei. Für die Ebene der internationalen Ordnungen wurde dieser Befund von Hans W. Maull (Universität Trier) und Sylke Tempel (Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik) auf dem folgenden Panel bestätigt. Die bemerkenswerte Offenheit der Internationalen Politik, vor allem die Erosions- und Desintegrationstendenzen innerhalb der liberalen internationalen Ordnung verlangten geradezu eine nachhaltige Konsolidierung der nationalstaatlichen Ordnungen als Korrektiv.

Hinsichtlich der Herausforderungen auf der gesellschaftlichen Ebene riet Tilman Mayer (Universität Bonn) dazu, auch in Demokratien größere Sensibilität für den vorpolitischen Raum aufzubringen, weil in ihm die politische Kultur geprägt werde. Werner J. Patzelt (TU Dresden) analysierte den zunehmenden Populismus, den er als Indikator für tatsächliche Funktionsstörungen der repräsentativen Demokratie charakterisierte. Folglich müsse sich deren Performance verbessern oder Politik zumindest nachvollziehbarer erläutert werden, um Populisten den Wind aus den Segeln zu nehmen. Dabei dürfe man, so Patzelt, auch den „kommunikativen Nahkampf“ mit Populisten nicht scheuen, wenn man ihnen wirksam begegnen möchte.

Jörg Siegmund

Trauer um Sylke Tempel

Nicht nur auf dem Podium, auch während der Diskussionen im und außerhalb des Auditoriums war Sylke Tempel bei dieser Tagung sehr präsent. Man spürte deutlich, dass sie von vielen Teilnehmerinnen und Teilnehmern als engagierte Expertin für Außenpolitik und Internationale Beziehungen geschätzt wurde und ihr Rat sehr gefragt war.



Sylke Tempel 1963 – 2017

Die ebenso fein- wie scharfsinnige Analytikerin forcierte seit 2008 als Chefredakteurin der Zeitschrift „Internationale Politik“ strategische Debatten innerhalb der Fachwelt, war darüber hinaus aber auch einem breiten Publikum aus verschiedenen Medien als Interview- und Diskussionspartnerin bekannt.

Sie engagierte sich in vielen Netzwerken und unterstützte unter anderen als Vorsitzende der Vereinigung „Women in International Security Deutschland“ junge Forscherinnen auf ihrem Weg. Der Lebensweg von Sylke Tempel nahm am 5. Oktober 2017 im Sturm „Xavier“ ein jähes Ende, als sie auf der Rückfahrt von einem Termin mit Bundesaußenminister Sigmar Gabriel in Berlin von einem Baum erschlagen wurde. Sie wird uns sehr fehlen.

JS

* 35. Jahrestagung der Deutschen Gesellschaft für Politikwissenschaft e.V. (DGfP)

Mörderische Zusammenarbeit

Zum 75. Jahrestag der Massendeportationen von Juden aus Frankreich

Am Institut français in München diskutierten deutsche und französische Historiker, wie französische Behörden an dem von Deutschen initiierten Holocaust beteiligt waren.

IHM STÜNDEN ZÜGE ZUR DEPORTATION von Juden in den Osten zur Verfügung, erklärte der Chef des Reichssicherheitshauptamts, Reinhard Heydrich, im Mai 1942. Sein Gesprächspartner, der französische Polizeichef René Bousquet, horchte auf. Bousquet witterte sofort eine Chance, „unerwünschte“ ausländische Juden loszuwerden, die sich in Lagern der französischen Polizei in der unbesetzten Zone im Süden Frankreichs befanden. Der französische Polizeichef fragte daraufhin Heydrich, „ob nicht auch die über eineinhalb Jahre im unbesetzten Gebiet internierten Juden mit abtransportiert werden könnten“?

In den Folgemonaten einigten sich Deutsche und Franzosen in einem mörderischen Tauschgeschäft darauf, dass Frankreich 10 000 Juden aus der unbesetzten Zone an Deutschland ausliefern könnte, im Gegenzug aber für die deutsche Besatzungsmacht weitere 10 000 Juden in der besetzten Zone Frankreichs zu verhaften habe. Die Massendeportationen im Sommer und Herbst 1942 von Juden aus Frankreich sind eine mörderische Konsequenz einer deutsch-französischen Interessenshomogenität. 1942 wurden 42 000 Juden deportiert, meist in das Konzentrationslager Auschwitz. Nach zehn Wochen waren bereits 80 Prozent der Verschleppten ermordet worden.

Bei unserer Veranstaltung in München diskutierten die Historiker Jean-Marc Dreyfus (University of Manchester), Bernd Kasten (Universität Rostock) und Michael Mayer (Akademie für Politische Bildung) die französische Beteiligung an diesem von den Deutschen initiierten Massenmord.



Festnahme von Juden in Paris 1941

© Bundesarchiv Bild 183-B10816

Nur wenige Tage zuvor hatte der neue französische Staatspräsident Emmanuel Macron zu den Massenverhaftungen 1942 erklärt: „Es war Frankreich, das die Razzia organisierte und später die Deportation.“ Macron ergänzte: „Nicht ein einziger Deutscher“ habe an den Razzien teilgenommen.

Späte Entschuldigung

Der Staatspräsident erkannte damit erstmalig eine umfassende Verantwortung Frankreichs für dieses Verbrechen an. Macron reagierte dabei auf Äußerungen der rechtsextremen Politikerin Marine Le Pen, die während des Präsidentschaftswahlkampfes im April 2017 behauptet hatte, Frankreich sei „nicht verantwortlich“ für die Massenverhaftungen. Zudem erweiterte Macron eine noch relativ allgemein gehaltene Entschuldigung des französischen Präsidenten Jacques Chirac aus dem Jahr 1995. Er hatte zwar erstmals eine gewisse Verantwortung Frankreichs für die Geschehnisse 1942 anerkannt, jedoch auch betont, die französische Polizei habe allein auf deutschen Befehl gehandelt.



Verhaftung von Juden im besetzten Paris 1941

© Bundesarchiv Bild 183-B10813

Bei der Diskussion am Institut français wurde intensiv über die französische Verantwortung de-

battiert. Michael Mayer betonte dabei die Kontinuitätslinien des französischen Antisemitismus aus der Zwischenkriegszeit, die während des Vichy-Regimes (1940 bis 1944) kulminierten. Bereits seit 1933/34 habe es faktische Berufsverbote für ausländische Juden für die Bereiche Medizin, Justiz und Staatsverwaltung gegeben. Zudem hätten die Säuberungen der französischen Verwaltung von Kommunisten, Juden und Freimaurern bereits im September 1939 begonnen und seien im April 1940, also noch vor der deutschen Invasion im Mai, verschärft worden. Die für Frankreich traumatisierende Niederlage im Mai/Juni 1940 habe zu einer Radikalisierung geführt. Deshalb wurde im Sommer und Herbst 1940 ein umfassendes Gesetzespaket zur Verfolgung und Internierung ausländischer Juden sowie der Segregation französischer Juden beschlossen.



Deutsch-französischer Austausch über die französische Beteiligung am Holocaust: Jean-Marc Dreyfus, Michael Mayer und Bernd Kasten (von links)

© Borasio (APB)

gab. Die Vichy-Regierung wollte 1942 ausländische Juden aus dem Lande treiben und beteiligte sich deshalb bereitwillig am Holocaust. Als jedoch die deutschen Sicherheitsbehörden auch die Deportation französischer Juden forderten, bremste das Vichy-Regime. Dies geschah jedoch nicht aus einer den Juden gegenüber wohlgesonnenen Haltung heraus: Der französischen Regierung erschien es als unzulässiger Eingriff in die französische Souveränität, wenn französische Staatsangehörige deportiert wurden.

Französische Arisierungspolitik

Jean-Marc Dreyfus ergänzte, dass die wirtschaftliche Ausplünderung der Juden in Frankreich im September 1940 von den deutschen Besatzungsbehörden initiiert worden sei. Die französische Verwaltung habe jedoch verhindern wollen, dass Deutsche Zugriff auf jüdische Unternehmen in Frankreich erhielten. Aus diesem Grunde habe das französische Produktionsministerium die Enteignung jüdischen Vermögens in die Hände genommen und auf diese Weise erfolgreich einen deutschen Einfluss verhindern können. Die deutschen Initiativen hätten damit, so Dreyfus, den Anstoß zu einer eigenen französischen Arisierungspolitik gegeben.

Bernd Kasten wiederum informierte über die Haltung der französischen Polizeiorgane. Diese hätten bis Ende 1943 ausgesprochen loyal und effektiv die Befehle der französischen Regierung ausgeführt. Erst 1944 hätte die französische Polizei immer weitgehendere Auflösungserscheinungen gezeigt. Dreyfus betonte jedoch, dass auch in der ersten Jahreshälfte 1944 weiterhin eine größere Anzahl von Juden deportiert worden seien, zusammen etwa 16 000 Menschen.

Bereitwillige Beteiligung

Insgesamt zeigte sich in Frankreich, dass die französischen Behörden solange mit der deutschen Besatzungsmacht zusammenarbeiteten, wie es kongruente Zielsetzungen zwischen Deutschen und Franzosen



Französische Polizei verhaftet auf Weisung der deutschen Besatzer Juden in Paris und nimmt die Personalien auf (August 1941).

© Bundesarchiv Bild 183-B10921

Dabei wurden sogar bewusst ausländische Juden geopfert, um Franzosen zu schützen: Im Herbst 1942 wollten die deutschen Polizeibehörden 1 300 französische Juden, die sich in Lagern in Frankreich befanden, nach Auschwitz deportieren. Um dies zu verhindern, verhaftete die französische Polizei 1 300 ausländische Juden und übergab sie den deutschen Stellen mit der Bitte, die französischen Juden zu verschonen. Trocken kabelte der Vertreter des Reichssicherheitshauptamtes in Paris, Helmut Knochen, im Februar 1943 nach Berlin: „Es ist klar, daß beide Kategorien von Juden in diesem Falle abtransportiert wurden.“

Michael Mayer

1917 – ein Epochenjahr der Weltgeschichte

Der Erste Weltkrieg bringt nicht nur einen Paradigmenwechsel in der Militärtechnik – auch eine wahre Explosion von Gewalt ist Ausdruck aufeinanderprallender Epochen.

EPOCHEN SIND bekanntlich ein wissenschaftliches Konstrukt, doch notwendig, um strukturiert zu forschen. Die Umwälzungen vor 100 Jahren werden häufig als Beginn der Zeitgeschichte gehandelt. Können diese Wendepunkte jedoch auf ein einzelnes Jahr datiert werden? Anhand zeitgenössischer Einschätzungen fragten Experten, ob die Bezeichnung Epochenjahr für 1917 gerechtfertigt ist und welche Formen von Staatlichkeit und Zusammenleben die „richtigen“ sind.

Peter März, Historiker im Bayerischen Kultusministerium und Klaus Schwabe (ehemals Technische Hochschule Aachen) sind sich einig: US-Präsident Wilson sorgte mit seiner Rede im April 1917 für eine Neuausrichtung des amerikanischen Selbstverständnisses. Denn die Entscheidung zum Kriegseintritt mittels einer „Peace Without Victory“-Formulierung beruht nicht auf imperialen oder wirtschaftlichen, sondern vordergründig auf moralischen Grundlagen. Damit erfand Wilson die amerikanische Außenpolitik neu, sodass die USA fortan die internationale Stellung eines friedlichen Hegemons annahmen. Noch zum Jahresende 1917 entwickelte Wilson seinen 14-Punkte-Plan für eine europäische – wenn nicht gar weltweite – Friedensordnung. Der Verlauf der Geschichte hat die Nachwirkungen dieses Handelns sogar über den Zweiten Weltkrieg hinaus gezeigt.

Neuer Krieg

In der Hochphase des Ersten Weltkriegs galt der Zeppelin zunehmend als Auslaufmodell. Flugzeuge lösten die Luftschifffahrt ab und werden in einem zuvor nie dagewesenen Bombenkrieg eingesetzt. Die Möglichkeit des Angriffs aus der Luft ließ „den Geist eines rationalen Kriegsdenkens aus der Flasche“, sagte Militärhistoriker Sönke Neitzel von der Universität Potsdam. Es folgte die Kriegsführung mittels Panzern, U-Booten oder dem Einsatz von Gas. Moralische und rechtliche Debatten über diese neuen Techniken kamen auch in den nächsten Jahrzehnten kaum auf, besagter Geist war kaum noch einzufangen.

Eine weitere Erkenntnis: Nur Kriegsverlierer entwerfen neue Konzepte für Kriegsführung. Die Verlierer von 1918 verworfen die Strategie des Stellungskriegs. Vor allem die deutschen und russischen Armeen wurden



Ein britischer Soldat im Stellungskrieg an der Somme im Juli 1916
© John W. Brooke (Nr. Q 3990 Imperial War Museums)

flexibler und kleingliedriger aufgestellt. Die alliierten Gewinner hielten auch später im Zweiten Weltkrieg an altbewährten Strategien fest und ließen sich zunächst von der Neuartigkeit der gegnerischen Kriegsführung überrumpeln. Laut Neitzel hat das Festhalten an Traditionen die britischen Streitkräfte noch bis in die 1980er-Jahre beeinflusst.

Die russische Revolution

„Die Not kennt kein Gesetz – sie schafft Gesetz“, erklärte Jörg Baberowski von der Berliner Humboldt-Universität. Nachdem Anfang 1917 die bürgerliche Revolution das Zarentum in Russland zu Fall gebracht hatte und die neue Regierung an der Beteiligung am Ersten Weltkrieg festhielt, eroberten die Bolschewiki unter Lenins Führung während der Oktoberrevolution die Macht. Lenin und sein Vertrauter Leo Trotzki waren demnach Schlüsselfiguren einer Revolution, „die sich nicht auf die Gesetze berufen konnte, die es zu stürzen galt“. In der zeitgenössischen Einschätzung von Carl Schmitt hat sich Lenin somit zum souveränen Diktator aufgeschwungen – durch geschicktes Auftreten konnte er den Ausnahmezustand durchsetzen, um eine neue gesellschaftliche Ordnung zu etablieren. Lenins Diktatur berief sich im Verlauf der Jahre auf „Ziele, die in der Zukunft liegen“. Eine echte Legitimation fehlte, einzig die Angst vor erneuten Unruhen festigte den Machtanspruch. Baberowski schlussfolgert: „Mit der Diktatur ist es wie mit den Kriegen: Man kann leicht beginnen, sofern man die Macht dazu hat. Doch genau wie Kriege können Diktaturen niemals zu Ende gedacht werden.“

Das Fazit der Tagungsleiter: Das Jahr 1917 trennt das 20. Jahrhundert wie kein anderes: Eintritt der USA in den Ersten Weltkrieg, Revolution in Russland und Zerfall des Osmanischen Reichs. Die Entgrenzung in Politik und Gesellschaft, Geografie und Militär markiert eine Zeitenwende, deren Auswirkungen noch bis heute zu spüren sind.

Sebastian Meyer

„Eingeschlagenen Kurs erfolgreich weiter verfolgen“ Direktorin Prof. Ursula Münch für zweite Amtszeit ernannt

BAYERNS KULTUSMINISTER Ludwig Spaenle hat unserer Akademiedirektorin Prof. Dr. Ursula Münch die Urkunde für ihre zweite Amtsperiode überreicht und gratulierte: „Ich freue mich, dass Professorin Münch den unter ihrer Führung eingeschlagenen Kurs der Akademie für Politische Bildung in den kommenden sechs Jahren erfolgreich weiter verfolgen kann. Mit einer erfahrenen Direktorin an der Spitze wird die Akademie auch in Zukunft innovative Impulse setzen und wertvolle Beiträge zur politischen Bildungsarbeit leisten.“ Er ergänzte: „Aktuelle Wahlergebnisse zeigen deutlich, wie wichtig die politische Bildungsarbeit auf der Grundlage unserer Bayerischen Verfassung und des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland ist.“ Ursula Münch war im Sommer vom Kuratorium einstimmig wiedergewählt worden.

 Michael Schröder



Bayerns Kultusminister Ludwig Spaenle überreichte Ursula Münch die Ernennungsurkunde für die zweite Amtszeit als Akademiedirektorin bis 2023.

© BSTMBKWK

7. Platz beim Starnberger Landkreislauf am Ammersee



Tolle Mannschaftsleistung: Das nicht mehr ganz komplette Akademieteam
© APB

AUCH BEIM DIESJÄHRIGEN Starnberger Landkreislaus in Inning am Ammersee überzeugte das Akademieteam mit einer guten Platzierung in der oberen Hälfte des Starterfelds. Aus der Titelverteidigung der Firmenwertung wurde zwar nichts, das tat dem Spaß auf und neben der Rennstrecke aber keinen Abbruch.

Auch ehemalige Praktikanten und ein Kooperationspartner – in Person des Präsidenten der Bayerischen Ingenieurkammer-Bau – trugen maßgeblich zum guten Ergebnis bei.

 GK

Wechsel im Vorstand des Förderkreises

SEIT DER GRÜNDUNG des Förderkreises 1988 war der Tutzinger Kommunalpolitiker Gernot Abendt sein Vorsitzender. Nun hat er die Aufgaben in neue Hände übergeben: Sein Nachfolger ist der Tutzinger Anwalt Dr. Ernst Lindl (bisher Schatzmeister). Wir danken Gernot Abendt für die geleistete Arbeit und sein Engagement, ohne das vieles in der Akademie so nicht möglich gewesen wäre. Immerhin wurden seit der Gründung vor 29 Jahren rund 190 000 Euro

zur Verfügung gestellt. Neu im Vorstand sind als Schatzmeister Herbert Klein, als Schriftführerin Sigrid Friedl-Lausenmeyer sowie Renate Heinz als Beisitzerin. Im Amt bestätigt wurden der 2. Vorsitzende Heinrich Oberreuter sowie Elisabeth Dörrenberg als Beisitzerin. Wir danken allen ausgeschiedenen Vorstandsmitgliedern für ihren Einsatz und freuen uns auf die Zusammenarbeit mit dem neuen Vorstand.

 MS



*Michael Schröder /
Axel Schwanebeck (Hrsg.)*

Big Data – In den Fängen der Datenkraken

Die (un-)heimliche Macht der Algorithmen

Nomos, Baden-Baden 2017

ISBN: 978-3-8487-4147-2,
163 Seiten, 24,00 Euro

Medien

Big Data – In den Fängen der Datenkraken Die (un-)heimliche Macht der Algorithmen

DIE SCHÖNE NEUE DIGITALE WELT hat ihren Preis. Bezahlt wird mit der Weitergabe persönlicher Daten – beim Einkaufen, beim Autofahren, beim Chatten und Surfen. Von den dafür nötigen intelligenten Algorithmen geht eine potentielle Gefahr für eine freiheitliche Gesellschaft aus. Sie analysieren, prognostizieren und berechnen uns. Big Data und Data Mining heißen die Geschäftsmodelle der Zukunft.

Was bedeutet das für Politik, Wirtschaft, den Journalismus und die politische Kommunikation? Müssen Grundrechte und Menschenwürde gegen die digitale Revolution verteidigt werden? Brauchen wir neue Gesetze und eine Ethik der Algorithmen? Und wie funktionieren Politik, Medien und freiheitliche Demokratie unter den genannten Bedingungen?

Experten aus verschiedenen Disziplinen der Wissenschaft, dem Journalismus und der Politik diskutieren diese zukunftsweisenden und gesellschaftlich relevanten Fragen.

Mit Beiträgen von Johanna Haberer, Yvonne Hofstetter, Sabine Leutheusser-Schnarrenberger, Klaus Mainzer, Daniel Moßbrucker, Peter Schaar, Michael Schröder, Axel Schwanebeck und Thomas Zeilinger.



*Michael Spieker /
Krassimir Stojanov (Hrsg.)*

Bildungsphilosophie

Disziplin –
Gegenstandsbereich –
Politische Bedeutung.

Tutzinger Studien zur Politik,
Band 9

Nomos, Baden-Baden 2017

ISBN: 978-3-8487-3169-5,
362 Seiten, 69,00 Euro

Bildungsphilosophie Disziplin – Gegenstandsbereich – Politische Bedeutung

DER BAND diskutiert Grundbegriffe und normative Orientierungen von Bildungspolitik und pädagogischem Handeln. Damit die Bildungsphilosophie den Raum der philosophischen Reflexion über bildungspolitische und pädagogische Grundsatzfragen bildet, muss sie ihre eigene disziplinäre Identität klären und ihren Standort zwischen „allgemeiner“ Philosophie, diversen anderen philosophischen Teildisziplinen und den Bildungs- und Erziehungswissenschaften bestimmen. Dem ist der erste Teil des Bandes gewidmet.

Der zweite Teil demonstriert, mit welchen Themen und methodischen Zugängen sich bildungsphilosophische Erkundungen befassen. Dabei werden zentrale epistemologische und wissenschaftstheoretische Fragestellungen von Bildungsforschung und praktischer Pädagogik aufgegriffen sowie das bildungsphilosophische Gedankengut „klassischer“ Autoren rekonstruiert.

Schließlich finden sich im dritten Teil des Bandes Aufsätze zu aktuellen Fragestellungen von Bildungspolitik und politischer Bildung aus philosophischen Perspektiven.



Akademie-Veranstaltungen im Spiegel der Medien

© ANDREAS HERMSDORF / PIXELIO.DE

Süddeutsche Zeitung, 2. August 2017

Tödlicher Himbeersaft

Eva Mattes und Kai Wessel diskutieren in Tutzing über „Menschen am Rande der Gesellschaft“

... SCHAUSPIELERIN Eva Mattes glänzt, Regisseur Kai Wessel („Das Sommeralbum“, „Goebbels und Geduldig“, „Nebel im August“) argumentiert ruhig und besonnen, und Sylvia Griss („Capriccio“, „TTT“) moderiert elegant. Eines der Resümees: Der Umgang mit Behinderten in diesem Land ist immer noch hochproblematisch. Was die Nazis staatlich zu regeln versuchten, „lösen wir jetzt demokratisch“ und „überlassen es den einzelnen Familien“, sagt Wessel, auch wenn das jetzt hart klingt und er sich auf dünnem Eis bewege.

Vielleicht ist es ja nur eine Sache der Definition, aber bald kommt bei der Debatte im gut besetzten Auditorium des Hauses die Frage auf, ob im Grunde nicht jeder ernstzunehmende Film von Menschen am Rande handelt, wie Wessel sagt. Eva Mattes, dem zweiten Ehrengast des Filmfestivals, fällt auf, wie sehr sie selbst mit diesem Thema über all die Jahre beschäftigt war. Als sie mit 15 anfing, „war ich der richtige Typ zur richtigen Zeit“, sagt sie. Und: Sie wollte immer mit guten Leuten arbeiten, sei es mit Michael Verhoeven, Rainer Werner Fassbinder oder Franz Xaver Kroetz. 1970 war sie die Phan Ti Mao in Verhoevens Abrechnung mit dem Vietnamkrieg, „o.k.“, der zum Rücktritt der Berlinale-Jury und zum vorzeitigen Ende des Filmfestivals führte. Zu ihren jüngsten Entdeckungen gehört das Theater „RambaZamba“ aus Berlin. Im Ensemble sind Schauspieler und bildende Künstler mit



Eva Mattes und Kai Wessel waren Gäste beim Filmgespräch.
© Haas (APB)

Down-Syndrom, von deren Empathie jeder nur lernen könne. 2016 stand „Der gute Mensch von Downtown“ auf dem Spielplan, Mattes gab eine Mischung aus Erzengel und Vogelwesen. „Ich kann gar nicht sagen, wie großen Spaß es macht, mit denen zu spielen.“

Wessel wiederum, der Mattes und deren Tochter Hanna für seinen zweiten Film „Sommeralbum“ besetzt hatte, berichtet von seinem Drama „Nebel im August“ nach dem gleichnamigen Roman von Robert Domes. Die Geschichte dreht sich um die Klinik Kaufbeuren-Irsee und das grauenhafte Euthanasieprogramm der Nazis. Kinder werden mit Barbituraten umgebracht, die in Himbeersaft aufgelöst sind. Der 14-jährige Ernst Lossa lehnt sich auf gegen den Irrsinn, er kommt am Ende selbst auf die Todesliste. 200 000 bis 300 000 Menschen seien im Dritten Reich euthanasiert worden, sagt Wessel. Heutzutage bleibe es den Familien überlassen, wie sie mit Ungeborenen umgehen, bei denen Behinderungen diagnostiziert werden. Bei Kindern mit Down-Syndrom liege die Abtreibungsquote bei 90 Prozent ...

Gerhard Summer
(siehe Seite 24)

Börsen-Zeitung, 7. September 2017

Infrastruktur gezielter fördern

DAS IFO-INSTITUT hält eine „massive Ausweitung“ der öffentlichen Investitionen in Infrastruktur nicht für sinnvoll. Statt flächendeckender Investitionen solle mehr Wert gelegt werden auf gezielte Förderungen zur Beseitigung vorhandener Engstellen, etwa bei maroden Straßen, Brücken oder Schulen, forderte Joachim Ragnitz, stellvertretender Leiter der Ifo-Niederlassung Dresden, auf einer Tagung zu Investitionen in der Politischen Akademie in Tutzing. Derlei Fördergebiete hätten den größten volkswirtschaftlichen Nutzen. Darüber hinaus sprach sich Ragnitz für eine bessere Auslastung des Vorhandenen aus, beispielsweise die zeitweise erweiterte

Nutzung des Seitenstreifens auf Autobahnen. Zudem könne eine gezieltere Bepreisung knapper Infrastrukturen die hohe Auslastung regulieren: Übermäßig stark befahrene Straßen könnten etwa für Lkw bei Nachnutzung billiger sein und für Pkw am Tag. In manchen dünn besiedelten Gegenden wie beispielsweise in Teilen Ostdeutschlands komme auch ein Rückbau der Infrastruktur in Frage: „Straßen, sind nur eine notwendige Voraussetzung für wirtschaftliche Entwicklung, aber keine hinreichende.“ Als Beispiel nannte Ragnitz den Bau einer neuen A14 von Magdeburg nach Schwerin, obwohl es dort parallel eine Bundesstraße gibt.

Nürnberger Nachrichten, 26. September 2017

Wenn der Roboter statt des Redakteurs den Artikel produziert

Die Digitalisierung schreitet immer weiter voran, auch Journalisten müssen sich umstellen. Dabei eröffnen sich völlig neue Möglichkeiten. Ein Blick in die Zukunft.

DIE ERGEBNISSE mancher Studien möchte man eigentlich gar nicht hören. Etwa diese: In 20 Jahren, prophezeien Forscher des japanischen Noruma Instituts, werden 50 Prozent der heutigen Jobs automatisiert sein. Ob dies zutreffen wird, kann man sicher diskutieren, doch klar ist: Vieles, das heute der Mensch macht, wird bald eine Maschine übernehmen. Auch Redakteure treibt das um, das Gespenst vom Roboterjournalismus geht in der Brache um. Und tatsächlich gibt es immer mehr Firmen, die Systeme anbieten, die computergenerierte Texte erstellen. Diese erscheinen auch schon längst – bei Wetterberichten etwa. Dort sind die Parameter genau bestimmbar, es lassen sich leicht „wenn-dann-Bedingungen“ erstellen, mit Hilfe derer die Maschine dann durchaus lesbare Texte produziert.

Dafür braucht es eine ordentliche Programmierung. Und: „Das wichtigste sind strukturierte Daten“, sagt Johannes Sommer, Geschäftsführer des Berliner

Start-up Retresco bei einer Fachtagung in der Akademie für Politische Bildung in Tutzing. Denn nur solche kann eine Software verwerten. Das wiederum limitiert die Anwendungsbereiche. „Alles was datenseitig getrieben ist, strukturierbar und standardisierbar ist kann vom Roboter verwertet werden“, sagt Sommer. Reportagen, einordnende Hintergründe oder Kommentare kann die Maschine jedoch nicht liefern – zumindest noch nicht.

Tausend Wetter-Texte

Was sie allerdings kann: Texte sehr zielgruppengenau produzieren. Um beim Wetter-Beispiel zu bleiben: Je nach Postleitzahl kann der Roboter hunderte – oder auch tausende – unterschiedliche Versionen erstellen, dafür die Daten der örtlichen Wetterstationen aufgreifen und in einen Text einfließen lassen. „Diese genaue Personalisierung war früher unmöglich“, sagt Saim Alkan vom Stuttgarter Entwickler AX Semantics. „Nun können wir unzählige Menschen erreichen und gleichzeitig jeden persönlich ansprechen – und das innerhalb von Sekunden und in dutzenden Sprachen.“ Doch in diesem engen Zuschnitt liegt eine Gefahr: Filterblasen können entstehen, räumt Alkan ein ...

Franziska Holzschuh
(siehe Seite 16)



Eine Auswahl von Tagungen der Akademie in den nächsten Monaten

© APB

JANUAR 2018

Januar	Tutzinger Journalistenakademie	4-2
24. – 26.	Recherche-Werkstatt	
	In Zusammenarbeit mit ProRecherche	
Leitung:	Michael Schröder / Thomas Schuler	
Sekretariat:	Alexandra Tatum-Nickolay Tel. +49 8158 256-17	
Januar	Autonomy and Education	4-1
25. – 27.	In Kooperation mit der Ludwig-Maximilians-Universität München	
Leitung:	Michael Spieker / Monika Betzler	
Sekretariat:	Simone Zschiegner Tel. +49 8158 256-47	
Januar	Populismus als Herausforderung für die digitale und politische Bildung am Gymnasium	5-5
29. – 30.	Impulse aus der Akademie für Direktorinnen und Direktoren bayerischer Gymnasien	
	In Zusammenarbeit mit der Regionalen Lehrerfortbildung Oberbayern-West	
Leitung:	Ursula Münch / Jörg Siegmund	
Sekretariat:	Antonia Kreitner Tel. +49 8158 256-58	
Januar	Flucht und Migration aus Afrika	5-4
30. – 31.	Ursachen, Herausforderungen und Perspektiven	
	In Zusammenarbeit mit der Interkulturellen Akademie der Inneren Mission München – Diakonie in München und Oberbayern e.V.	
Leitung:	Andreas Kalina / Sabine Lindau	
Sekretariat:	Alexandra Tatum-Nickolay Tel. +49 8158 256-17	

FEBRUAR 2018

Februar	Planspiele der Zukunft	5-2
2. – 4.	(Politik-)Simulationen in der digitalisierten Welt	
	In Zusammenarbeit mit der Gesellschaft für Planspiele in Deutschland, Österreich und der Schweiz (SAGSAGA) und der Bundeszentrale für politische Bildung (bpb)	
Leitung:	Michael Schröder / Stefan Rappenglück / Detlef Dechant	
Sekretariat:	Alexandra Tatum-Nickolay Tel. +49 8158 256-17	
Februar	Heroism and the Heroic in American History	6-2
9. – 11.	In Zusammenarbeit mit der Deutschen Gesellschaft für Amerikastudien	
Leitung:	Michael Mayer / Simon Wendt	
Sekretariat:	Alexandra Tatum-Nickolay Tel. +49 8158 256-17	
Februar	Transplantation, Migration und Gerechtigkeit	8-3
22.	Medizinisch-ethische Diskurse	
	In Kooperation mit der Ludwig-Maximilians-Universität und Technischen Universität München, der Katholischen Hochschule München und der Fachstelle für Ethik und Anthropologie im Gesundheitswesen der Ev. Landeskirche Bayern	
Leitung:	Michael Spieker / Andreas Umgelter / Konstanze Giese / Arne Manzeschke	
Sekretariat:	Simone Zschiegner Tel. +49 8158 256-47	
	Außenveranstaltung in München	

Tiefgang am See

Februar 22. – 23.	Aufwachsen in digitalen Gesellschaften	8-4
Zur Ethik mediatisierter Kindheit und Jugend		
In Zusammenarbeit mit der Fachgruppe Kommunikations- und Medienethik in der DGPuK und dem Netzwerk Medienethik		
Leitung: Michael Schröder / Alexander Filipović / Kerstin Liesem Sekretariat: Alexandra Tatum-Nickolay Tel. +49 8158 256-17		

Außenveranstaltung in der Hochschule für Philosophie in München



Februar 23. – 25.	Verflixt acht Jahre	8-2
Zie Entwicklungen nach dem Ara- bischen Frühling kritisch hinterfragt		
In Kooperation mit MEIA Research München		
Leitung: Anja Opitz Sekretariat: Antonia Kreitner		Tel. +49 8158 256-58
Februar 26. – 27.	Die Sprache von Forschung und Lehre: Lenkung durch Konzepte der Ökonomie?	9-1
In Zusammenarbeit mit dem Arbeitskreis Deutsch als Wissenschaftssprache e.V. und dem Zentrum für Europäische Bildung der Fakultät für Lehrerbildung der Universität Zagreb		
Leitung: Ursula Münch / Ralph Mocikat / Siegfried Gehrmann / Jörg Siegmund Sekretariat: Simone Zschiegner		Tel. +49 8158 256-47
Februar 27. – 1.	Historizität und Sozialität in der sozioökonomischen Bildung	9-2
In Kooperation mit der Gesellschaft für sozioökonomische Bildung und Wissenschaft		
März		
Leitung: Michael Spieker / Tim Engartner Sekretariat: Antonia Kreitner		Tel. +49 8158 256-58
Februar 28.	Unternehmen der Region in der globalisierten Welt	9-6
Leitung: Ursula Münch / Christoph Winkelkötter / Wolfgang Quaisser Sekretariat: Simone Zschiegner		Tel. +49 8158 256-47
Anmeldung über die gwt Starnberg GmbH		

Akademiedirektorin:
Prof. Dr. Ursula Münch
Vorsitzender des Kuratoriums:
Dr. Friedrich Wilhelm Rothenpieler
Vorsitzender des Beirats:
Prof. Dr. Klaus Meisel
Kollegium:
Dr. Saskia Hieber
Internationale Politik
Dr. Andreas Kalina
Gesellschaftlicher und politischer Wandel
Dr. Gero Kellermann
Staats- und Verfassungsrecht, Rechtspolitik
Dr. Michael Mayer
Zeitgeschichte

Dr. Anja Opitz
Internationale Politik
Dr. Wolfgang Quaisser
Wirtschafts- und Sozialpolitik
Dr. Michael Schröder
Medien, Kommunikationspolitik, Öffentlichkeitsarbeit
Dr. Manfred Schwarzmeier
Organisationsreferent
Parlamentarismus- und Parteienforschung
Jörg Siegmund M.A.
Persönlicher Referent der Direktorin
Demokratie- und Wahlforschung, Politikevaluation
Dr. Michael Spieker
Ethische und theoretische Grundlagen der Politik
Presse- und Öffentlichkeitsarbeit:
Dr. Sebastian Haas

MARZ 2018

März	Das Phänomen Populismus	9-3
2. – 4.	Politik und Öffentlichkeit in einer „postfaktischen“ Ära	
Leitung:	Andreas Kalina	
Sekretariat:	Alexandra Tatum-Nickolay	Tel. +49 8158 256-17
März	Tutzinger Journalistenakademie	9-4
2. – 4.	Beste Freunde: Radionachrichten und Internet	
	Workshop in Zusammenarbeit mit der ARD.ZDF medienakademie und dem Rundfunk Berlin-Brandenburg (RBB)	
Leitung:	Michael Schröder / Tobias Geißner / Marion Brandau	
Sekretariat:	Simone Zschiegner	Tel. +49 8158 256-47
	Außenveranstaltung beim RBB in Berlin. Achtung: erhöhte Tagungsgebühr!	
	Anmeldung über die ARD.ZDF medienakademie	
März	Die Zukunft der Hochschulen für angewandte Wissenschaften	10-5
9. – 10.	Lehre, Forschung, Third Mission	
	In Kooperation mit dem Verband der Hochschullehrerinnen und Hochschullehrer an Fachhochschulen in Bayern e.V. (vhb)	
Leitung:	Michael Spieker / Ilse Bartke	
Sekretariat:	Alexandra Tatum-Nickolay	Tel. +49 8158 256-17
März	Bildungsgerechtigkeit	11-3
13. – 15.	Philosophische Perspektiven	
	In Kooperation mit der Katholischen Universität Eichstätt-Ingolstadt	
Leitung:	Michael Spieker / Krassimir Stojanov	
Sekretariat:	Alexandra Tatum-Nickolay	Tel. +49 8158 256-17
	Außenveranstaltung in Eichstätt	
März	11. Forum: Menschenwürdige Wirtschaftsordnung	11-2
16. – 17.	Ethik und Wettbewerbsfähigkeit in der digitalen Welt	
	In Zusammenarbeit mit dem Peter Löscher-Stiftungslehrstuhl für Wirtschaftsethik der TU München	
Leitung:	Wolfgang Quässer / Christoph Lütge	
Sekretariat:	Antonia Kreitner	Tel. +49 8158 256-58
März	Brennpunkte europäischer Politik	12-3
21. – 23.	Reformideen, Grundwerte, Digitalisierung	
	In Zusammenarbeit mit der Bundeszentrale für politische Bildung (bpb)	
Leitung:	Gero Kellermann / Walter Staufer	
Sekretariat:	Antonia Kreitner	Tel. +49 8158 256-58

APRIL 2018

April	Die digitale Revolution	*15-1
9. – 11.	Fortbildung für Seminarlehrkräfte in Grundfragen Staatsbürgerlicher Bildung am Gymnasium mit der ALP Dillingen	
Leitung:	Michael Schröder / Sabine Wintermantel / Johannes Schittler	
Sekretariat:	Alexandra Tatum-Nickolay	Tel. +49 8158 256-17
	Anmeldung über die ALP Dillingen	
April	Demokratiegefährder in Europa	*15-3
11. – 13.	Fortbildung für Seminarlehrkräfte Sozialkunde am Gymnasium mit der ALP Dillingen	
Leitung:	Michael Schröder / Sabine Wintermantel / Wolf Weigand	
Sekretariat:	Alexandra Tatum-Nickolay	Tel. +49 8158 256-17
	Anmeldung über die ALP Dillingen	
April	Bürgernah und entscheidungsstark?!	17-4
27. – 28.	Landesparlamente im politischen Wettbewerb	
	In Zusammenarbeit mit dem Europäischen Zentrum für Föderalismus-Forschung Tübingen (EZFF)	
Leitung:	Ursula Münch / Rudolf Hrbek / Jörg Siegmund	
Sekretariat:	Simone Zschiegner	Tel. +49 8158 256-47
		
April	Leben Smombies gefährlich?	17-3
28.	Chancen und Risiken mobiler Medien	
	In Zusammenarbeit mit der Evangelischen Arbeitsgemeinschaft Medien (EAM) im Deutschen Evangelischen Frauenbund (DEF), Landesverband Bayern e.V.	
Leitung:	Michael Schröder / Sabine Jörk	
Sekretariat:	Antonia Kreitner	Tel. +49 8158 256-58
	Außenveranstaltung in Bayreuth	



Namen und Nachrichten aus der Akademie

Direktorin

Prof. Dr. Ursula Münch referierte im Rahmen einer Tagung der Schweizer Gesellschaft für Informatik an der ETH Zürich über „Disruption der Demokratie? Die Bedeutung der Digitalisierung für Politik und Gesellschaft“. Das Thema Bundestagswahl spielte bei verschiedenen Vorträgen und Diskussionen eine zentrale Rolle: U.a. beim „Room for Discussion“ an der Universität Amsterdam, bei einer Diskussion mit Oberstufenschülerinnen und -schülern am Münchner Maximiliansgymnasium sowie bei einer gemeinsamen Veranstaltung der Nemet-schek Stiftung und des Münchner Volkstheaters „Wer will was?“, die eine szenische Lesung aus Wahlprogrammen mit Analysen und Kommentaren verband. Bei der TUM Graduiertenschule in Raiten-haslach referierte die Direktorin über „Europe in the world disorder“ und bei der Bayreuther Sommeruniversität für interkulturelle Deutsch-Studien 2017 zum Thema Flucht und Migration. Die Direktorin war Mitdiskutantin bei einer Podiumsrunde der Bayerischen Architektenkammer „Was haben wir zu verlieren?“ sowie beim „Salon Zukunft Heimat“, einer von der Fachberatung des Bezirks Oberbayern In Kooperation mit dem Kleinem Theater Haar veranstalteten Reihe. Beim Forum Bildungspolitik in Bayern sprach sie über die Anforderungen an politische Bildung und Demokratieerziehung im 21. Jahrhundert.

Kollegium

Dr. Saskia Hieber unterrichtet im Wintersemester an der Universität Regensburg „Concepts of Power and Political Structure in Asia“. In München sprach sie über die Sicherheitslage und über Politikerinnen in Asien. Für eine Dokumentation über Nordkorea (ARD-alpha) wurde sie als Expertin interviewt. Mit einer chinesischen Delegation diskutierte sie in Tutzing über Europapolitik. An der Bayerischen EliteAkademie hielt sie einen Vortrag über die politischen Systeme Chinas und Vietnams.

Dr. Andreas Kalina nahm in München an einer Expertenrunde zum Thema „Europäische Perspektiven und Aktionen – Populismus in Europa“ teil. In Hattingen (Ruhr) vertrat er die Akademie in der Kommission Europäische und Internationale Bildungsarbeit des Arbeitskreises deutscher Bildungsstätten. In Cadenabbia hielt er Vorträge zu „Politische Ansichten, Kompetenzen und Partizipation der jungen Generation in Deutschland“ sowie „Von Deutschland lernen? Das System der politischen Bildung in der Bundesrepublik“. In Tutzing sprach er zu „Am Ende der europäischen Eingangsgeschichte? Die EU in der Demokratiefalle“. Im Wintersemester hält Kalina an der Universität Passau ein Oberseminar zum Thema „Exit Union? Reformkonzepte und Zukunftsszenarien für die Europäische Union“.

Dr. Gero Kellermann referierte im Gymnasium Tutzing über die „Grundlagen des Strafrechts“.

Dr. Michael Mayer hielt am Pomona College in Claremont, Kalifornien, einen Vortrag zum Thema „The Holocaust in France – New Findings, New Debates“. Vor der Historischen Kommission des Landes Baden-Württemberg in Reutlingen sprach er zum Thema „Handlungsspielräume und Chancen in der Migrationsgesellschaft nach 1945: Das Schriftstellerpaar Ingeborg und Herbert Wendt in Baden-Baden“. Auf Burg Falkenberg referierte er zu „Diplomaten im NS-Staat: Herkunft, Funktion, Verantwortung“.

Dr. Anja Opitz hielt an der Führungsakademie der Bundeswehr für den Generalstabslehrgang ein Seminar über Sicherheitssektorreform und sprach an der Diplomatischen Akademie Wien über die Einrichtung einer europäischen Armee. Dort hielt sie eine Vorlesung International Institutions, Organisations & Relations.

Dr. Michael Schröder hielt bei der Veranstaltung „Haltung zählt: Schule für die Demokratie“ des Bayerischen Lehrer- und Lehrerinnenverbandes (BLLV) in München einen Workshop zum Thema „Planspiele im Unterricht“.

Jörg Siegmund, M.A., referierte bei der Konrad-Adenauer-Stiftung zum Thema „Populismus, Propaganda, Postfaktizität“. Er sprach zu Fragen der Wahlforschung beim Unternehmerkreis Weilheim-Peißenberg und moderierte eine Podiumsdiskussion zur Integration von Migranten.